

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis pro Monat inkl. Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 4527) vierteljährlich 2,10 Mk., für 2 Monate 1,40 Mk., für 1 Monat 70 Pfg. zzgl. Postgebühren.

Redaktion: Tauchaer Str. 10/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung, Leipzig.
Telephon 3721.
Sprechstunde: 6—7 Uhr abends.

Inserate werden die 5spaltige Zeile oder deren Raum mit 25 Pfg., für Gewerkschaften, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pfg. berechnet. Schwereyer sah nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Schluss der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr. — Aufgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Tauchaer Straße 10/21. Geschäftszeit 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen.

Zum Monatswechsel

erschuen wir die alten Freunde unseres Blattes uns treu zu bleiben und für die weitere Verbreitung des sozialdemokratischen Kampforqans thätige Sorge zu tragen.

Neu hinzutretende Abonnenten erhalten auf Wunsch die Neujahrsqabe der Leipziger Volkszeitung (soweit der Vorrat reicht) von den Ansträgern nachgeliefert.

Redaktion und Verlag der Leipziger Volkszeitung.

Auf den Spuren der Wasserpolitik.

* Leipzig, 30. Januar.

Der neunundzwanzigste Januar hat sich als ein Glückstag bewiesen. Er brachte zwei gute Nachrichten. Ueber dem zwölften von dreihundzwanzig sächsischen Wahlkreisen weht siegreich die Fahne unserer Partei. Und um noch am gleichen Tage wieder frisch auszusäen, nachdem so reich geerntet worden war, erhob der Vorwärts seine Stimme, um die geheimen Mächtschaften aufzudecken, die in den sonst verschwiegenen Räumen des Reichsmarineamts getrieben worden sind.

Wenn die sozialdemokratische Presse ein geheimes Aktenstück veröffentlicht, so bleibt das immer die gleiche Sache. Kaum ist der Stein gewendet, so kriibbelt der Wurmhaufen der Junker- und Scharfmacherpresse, der das Tageslicht nicht vertragen kann, wir durcheinander. Man spricht von Diebstahl und Fälschung. Das berufene Organ der Panzerplattenfabrikanten und des Grafen Posadowsky, die Berliner Neuesten Nachrichten, haben so vöblig den Kopf verloren, daß sie den Vorwärts des — Landesverrats denunzieren, weil das von ihm veröffentlichte Aktenstück die militärischen Vorbereitungen der Landesverteidigung betreffe.

Es liegt auf der Hand, daß der Vorwärts nichts ver-raten hat, was im Interesse des Landes dem Auslande verborgen bleiben sollte. Die Wut der Ordnungspresse rührt vielmehr daher, daß der Vorwärts Dinge veröffentlicht hat, die im Interesse der Nickelstahlproffiten vorläufig besser unbekannt geblieben wären. Daraus erklärt sich auch das Geschrei von Diebstahl und Fälschung.

In der Budgetkommission, die sich gleich gestern mit dem unverantwortlichen Erlass des ehemaligen „Flaggoffiziers in unverantwortlicher Stellung“, des nimmermüden Reichsmarine-sekretärs Tirpitz, beschäftigte, hat Genosse Bebel den Schreibern die richtige Antwort gegeben. Alle Veröffentlichungen der sozialdemokratischen Presse wären überflüssig, wenn die offiziöse Presse ihre Pflicht erfüllte und die Be-

völkerung über die wahren Absichten und Bestrebungen der Reichsregierung wahrheitsgemäß aufklärte. Zwischen Gesetzgebung und Verwaltung aber klast in der gegenwärtigen Verfassung des Reiches ein tiefer Miß. Während die Gesetzgebung immerhin einen starken Einschlag demokratischen Geistes bekundet, ist die Verwaltung so rückständig, so bürokratisch und so absolutistisch wie möglich. Ihr heißestes Bestreben ist es immer geblieben, auf Umwegen das Volk um seine Rechte zu verkürzen und der Demokratie ein Schnippchen zu schlagen. Bei dieser Maulwurfsarbeit, die dem Geiste der Verfassung auf das schärfste widerspricht, ist sie durch die Veröffentlichung des Vorwärts in höchst unliebsamer Weise gestört worden. Der Vorwärts hat aber mit seiner Enthüllung nichts anderes als das gethan, was er und andere sozialdemokratische Blätter unzähligemal schon gethan haben: Er hat einfach dem Volke und der Öffentlichkeit gegeben, was ihnen mit Unrecht vorenthalten und verheimlicht worden ist.

Inzwischen ist die Hoffnung der Ordnungspresse, es handle sich vielleicht um eine Fälschung, durch die Norddeutsche Allgemeine Zeitung grausam zerstört worden. Das offiziöse Blatt druckt das veröffentlichte Schriftstück ab und erklärt es für authentisch. Gleichzeitig sucht es zu beweisen, daß die Enthüllung nichts Überraschendes enthalte, und giebt zu diesem Zwecke die Rede wieder, die Herr v. Tirpitz bei der großen Marine-schlacht vom Juni 1900 im Reichstage gehalten hat. Natürlich steht in dieser allgemein bekannten Rede nichts, was von der sozialdemokratischen Presse bei ihrer Kommentierung des Geheim-erlasses übersehen worden wäre. Herr v. Tirpitz hat erklärt, daß die für 1900 beabsichtigte Vermehrung der Auslandsflotte „eigentlich schon heute“ notwendig wäre. Mit dem Beschluß der Kommission, die Auslandschiffe zu streichen, fand er sich dadurch ab, daß er die Bereitwilligkeit der Regierung erklärte, die Entscheidung über diese Frage zu vertagen.

Dagegen steht natürlich kein Wort davon in der Rede, daß — und das ist das kostbarste Geständnis des Geheim-erlasses — bei der Aufstellung der Kostenberechnung kleine Korrekturen der Wirklichkeit vorgenommen worden sind. Während Herr v. Thielmann mit der treuherzigsten Miene der Welt versicherte, daß die Erträge aus den gegenwärtigen Einnahmequellen des Reiches zur Deckung des Marinebedarfs vollständig ausreichen, während er die vom Centrum ihm angebotenen Flottensteuern mit großsprecherischer Gebärde als überflüssig zurückwies, während er seine Zustimmung gab zu der berühmten Klausel, derzufolge zur Deckung der Flottenkosten keine neue indirekte Belastung des Volkes ein-

geführt werden dürfe, wußte er schon damals, „daß die Flottenvorlage ohne neue Steuern nicht durchführbar gewesen und infolge dessen aufs äußerste gefährdet gewesen wäre“, hätte man vor dem Reichstage ein wahrheitsgetreues Bild der finanziellen Folgen gegeben.

Kein Vernünftiger hat daran gezeweifelt, daß es trotz der berühmten Klausel die Absicht der Regierung sei, der Ertragnisse, die sie aus der Geltung des neuen Zolltarifs erwartete, den wasserpolitischen Forderungen dienstbar zu machen. Nur Graf Bülow hat erst vor einiger Zeit erklärt, er finde den Gedanken, die Mehrerträge im Interesse der „minderwohlhabenden Klassen“ zu verwenden, sehr sympathisch. Hat der Reichskanzler nicht gewußt, wozu der Reichsmarine-sekretär das Geld braucht? Oder hat er es bloß nicht sagen wollen?

Die Offiziösen mögen sich drehen und winden, sie werden von der Thatsache nichts wegnehmen können, daß die Wasserpolitik mit groben Irreführungen des Reichstags gearbeitet hat. In diesem Sinne schreibt auch Eugen Richters Freisinnige Zeitung:

Die Budgetkommission war bei Beratung des Flottengesetzes um so mehr veranlaßt, die Steigerung der fortbauenden Ausgaben bis 1910 um jährlich 6 Millionen Mark als zuverlässig anzusehen, als in der Begründung des Gesetzentwurfs ausbrüchlich hervor-gehoben ist, daß man die Steigerung der fortbauenden Ausgaben bemessen hatte nach der Höhe, auf welche die Ausgaben für das Militärpersonal und die Indiensthaltung voraussichtlich anwachsen würden. Die letzteren Kosten gäben erfahrungsgemäß den besten Anhalt für die Veranschlagung der Steigerung der fortbauenden Ausgaben überhaupt. Zur Beglaubigung dieser Berechnung sind dann noch besondere Tabellen beigelegt, insbesondere auch eine Berechnung über den voraussichtlichen Geldbedarf für die Indiensthaltung nach vollständiger Ausführung des Flottenplanes im Jahre 1920. Und nun soll dies „vorläufig“ alles falsch gewesen sein und sind die Zahlen deshalb niedriger angegeben, weil andernfalls die Vorlage vom Reichstage nicht angenommen worden wäre. Welcher Berechnung des Reichsmarineamts soll künftig nach diesen Erfahrungen der Reichstag noch Glauben schenken? Wie kann man nach alledem noch Vertrauen zu dem Staats-sekretär des Reichsmarineamts haben?

Es ist begreiflich, daß die Enthüllung des Vorwärts jener Partei am schwersten in die Knochen gefahren ist, die ihr Gewissen mit Flottenbewilligungen ohnehin zu sehr über-lastet hat und die nun erkennt, daß sie im Spiele die Betrogene gewesen ist. Das Organ des Centrums, die Germania, schreibt:

Es mache einen sehr peinlichen Eindruck, daß das Reichs-marineamt in betreff der Steigerung der Indiensthaltung für die Jahre 1905—1910 zugiebt, den Reichstag getäuscht zu haben, indem es befürchtete, eine wahrheitsgemäße Berechnung dieser Steigerungen werde eine so große Steigerung der fortbauenden Ausgaben ergeben, daß damit die Flottenvorlage hätte gefährdet werden können, weil sie dann ohne neue Steuern nicht durchführ-

Seuiletton.

Redaktion vorbehalten.

Die leibhaftige Bosheit.

Roman von Gustav Wied.

Einzig berechtigte Uebersetzung aus dem Dänischen von Mathilde Mann.

„Ach!“ sagte Wulfbine und entblökte den Gaumen in einem glückseligen Lächeln. „Da ist er!“

„Wollen die jungen Leute nicht ein wenig hinaus gehen und sich die Herrlichkeit ansehen?“ meinte Mutter Karen. Sie wurde immer gleichsam ein wenig kühner, wenn Besuch da war.

Dine schielte zu dem Bette hinüber. „Kommen Vater und Tante Karen nicht mit?“ fragte sie. Sie wäre ganz einfach tot gewesen, ehe sie auf die Straße gekommen wäre, wenn sie mit Emanuel hätte allein gehen sollen.

„Mutter muß im Laden sein,“ sagte Thomsen. — „Und für einen selber sind die Zeiten auch nicht da-nach!“

Bruder und Schwester tauschten abermals einen Blick aus. Und Karens Augen waren voller Trübsal und Hoffnungslosigkeit.

„Willst Du gern auf den Markt, Wulfbine?“ fragte der Küster. „Deinetwegen sind wir ja im Grunde doch nur gekommen.“

„Ja,“ sagte Wulfbine und würde ihr Leben für ein freundliches Wort von dem Bette gelassen haben.

„Ja, dann wollen wir gehen,“ sagte der Küster. Mutter Karen saß eine Weile da und wippte mit dem Stuhl hin und her.

„Ihr eht doch hier bei uns, ehe Ihr nach Hause fahrt?“ fragte sie dann; sie wagte nicht, den Sohn anzusehen.

„Danke, Schwester,“ antwortete der Küster leise. — „Der Schulze fährt bald wieder! Und der Weg ist lang.“

„Ihr müßt aber doch etwas essen!“ sagte Madam Thomsen mit verzweifeltem Mut. — „Und das könnt Ihr doch ebenso gut hier thun!“

Emanuel erhob sich mit einem Ruck, stellte sich an das Fenster und sah hinaus.

Die drei anderen drehten langsam ihre Köpfe nach ihm um.

Dann legte Mutter Karen ihre Hand auf die des Bruders. Ihr Kinn zitterte, sie preßte die Lippen zusammen und langsam ließen ihr die Thränen von den Wangen herunter.

„Na, na, Schwester Karen,“ murmelte der Küster. „Es wird schon alles anders werden!“

Und Wulfbine schnitt schredliche Grimassen, als würde sie elektrifiziert. Sie war kurz davor, in Thränen aus-zubrechen.

Emanuel aber stand am Fenster und trommelte mit den Fingern auf die Scheiben.

Und draußen koste der Jahrmaktslärm.

Oberlehrer Clausen war der „Leibhaftigen Bosheit“ draußen auf der Landstraße, nördlich von der Stadt, begegnet. Sie hatten den Weg zusammen fortgesetzt, waren beim Viertelmeilenstein umgekehrt und wanderten jetzt der Stadt zu.

Ein Reiter kam ihnen im Schritt entgegen.

Der Oberlehrer puffte Knapsted mit dem Ellbogen in die Seite und flüsterte:

„Das ist Pastor Engelhardt!“

Der Pastor ritt vorüber und grüßte. Seine langen Locken umwallten die Schultern. Er hatte einen Cylinder auf und einen Radmantel um. Und sein Antlitz war bleich und verklärt.

Esaus Haarzotten bewegten sich.

„Er gleicht dem Engel Gabriel,“ sagte er, „der aus-geht, um zu verkündigen.“

„Na, na, Knapsted!“ lächelte der Oberlehrer.

„Hast Du es schon gehört, Clausen,“ fuhr Esau fort, „daß jetzt ein Erlass gekommen ist, wonach die Pastoren an den großen Festtagen und zu Hochzeiten und Kind-taufen — im Ornat zur Kirche reiten sollen? Und bei der Konfirmation sollen alle Konfirmanden hinter-dreien reiten.“

„Unsinn, Knapsted!“

„Der Antrag ist in den beiden Kammern durch-gegangen. Und heute morgen hat es in der Berlingsken Zeitung gestanden.“

„Wie kannst Du mir auf so etwas verfallen!“ sagte Clausen ganz ärgerlich.

„Ich habe den Antrag ja nicht gestellt!“

„Ach was!“

„Nein, der Kultusminister hat es gethan. Er ist den Ansicht, daß es unserer eigenen Religion aufhelfen könnte, jetzt, wo der Katholizismus solchen Aufschwung ge-nommen hat.“

„Du solltest Dich schämen, Knapsted.“

„Hast Du seine Rede nicht gelesen?“

„Du solltest Dich schämen, sage ich Dir!“

„Ja, meinetwegen gern!“

Der Oberlehrer schüttelte verzweifelnd den Kopf. Dann blickte er über die vielen kahlen Felder hin und sagte mit einem leisen Seufzer:

„Dieser Sommer wäre auch bald wieder hin!“

bar gewesen wäre. Das ist eine sehr bedenkliche Taktik, und sobald der Marinestat im Reichstage zur Verhandlung kommt, wird das Reichsmarineamt darüber Rede und Antwort stehen müssen.

Es läßt sich natürlich augenblicklich nicht zahlenmäßig feststellen, wie groß der Unterschied zwischen der Wahrheit und der - Dichtung des Reichsmarineamtes sich gestalten wird. Gelänge es der Regierung, im Jahre 1904 durchzuführen, was sie im Jahre 1900 vergeblich erstrebt hat, so würde das eine einmalige Ausgabe von rund hundert Millionen bedeuten. Ueberdies aber muß man auf eine Vermehrung der fortdauernden Ausgaben rechnen, die die fälschlich vorberechnete Steigerung von jährlich 6 Millionen weit übertrifft.

Unter diesen Umständen werden auch im Kampfe um die Zolltarifvorlage Gesichtspunkte mehr in den Vordergrund treten müssen, die bisher bloß andeutungsweise mit hineingespielt haben. Jetzt erst ist die Rechnung geschlossen über die Verwendung dessen, was dem Volke durch höhere Zölle herausgepreßt werden soll. Als die „münder wohlhabenden Klassen“, in deren Interesse die neuen Erträge verwendet werden sollen, entpuppen sich die nämlichen Herren, die bei ihren Panzerplattenlieferungen das Reich um Millionen und Abermillionen übers Ohr zu hauen versuchten. Das ist die „gesunde“ weltpolitische Ergänzung unserer „gesunden“ Heimatspolitik.

Wie lange das noch so fortgehen soll?
Das Volk wird es entscheiden!

Politische Uebersicht.

Eine Laienpredigt.

Folglich ist für die reichstreuen Wähler des 10. sächsischen Reichstagswahlkreises dieses Jahr etwas früh gefallen. Schon gestern ist der Ufermittwoch eingetreten, und nun erschallt von allen Königsternen Wählerlippen der dumpfe Klagen der Fastenpredigten. Auch Herr Viman stellt sich ein mit einer eleganten, wohlklingenden Laienpredigt in den Leipziger Neuesten Nachrichten. Wie immer, hat er auch diesmal den Ausgang vorhergesehen. Sein abnungsvolles Tonongemitt hat der Königsternen Sache im 10. Wahlkreis gleich von Anfang an nicht recht getraut, und da er gehalten ist, sich auf jedes politische Weiter einzurichten, so verschmähte er die Maskerade einer Parteimimikry und warf sich stolz-bescheiden in den härenen Mantel eines Predigers in der Wüste, der mit den großen Gefallen und den zürnenden Worten eines Reformators der Parteien dem kommenden politischen Messias die Wege weist und die Steige bereitet. Er deklamierte mit wohlgelesenen Schellworten auf die überlebte Oligarchenwirtschaft und das herrschende Parteibonzenium und gebardete sich in seiner angenehmen Ueberlegenheit über alles bürgerliche Parteiwesen als der schicksalhaftig erwartete politische Uebermensch oder wenigstens als dessen Impresario. Jetzt, nachdem die Mächte des Umsturzes in dem alten reichstreuen Wahlkreis triumphiert haben, ist er wieder der Mann der Situation. Er predigt Einkehr bei sich selbst; denn das Himmelreich des Zukunftstaates ist nahe herbeigekommen, und selbst in dem hochgebauten Jerusalem des nationalen Gedankens, in dem Leipzig des 12. sächsischen Wahlkreises, ist nicht alles, wie es sein sollte. Herr Viman macht jetzt Ernst mit dem Evangelium der Buße; er predigt sie nicht mehr allein den nationalliberalen Schriftgelehrten und den konservativen Pharisäern, er richtet seine Worte der Rüge direkt an den König Herodes in Leipzig, an Herrn Haffe höchstselbst. Man höre:

Auch das Mandat des Herrn Haffe ist nicht für alle Zeiten gesichert, auch unsere Stadt kann den Ruhm der einzigen Großstadt einbüßen, die nicht durch einen Sozialisten im Reichstage vertreten ist. Gerade jetzt stehen wichtige und bedeutungsvolle Entscheidungen bevor, aber abgesehen von einer Sitzung hinter verschlossenen Thüren, deren Resultate der Deffektivität sorglich vorenthalten wurden, hat man von irgendwelchen Beziehungen zwischen der Wählerchaft und ihrem Vertreter im Reichstage nicht das mindeste gehört. Gerade jetzt, wo doch gewichtige Interessen auf dem Spiel stehen, sollte der Gedankenaustausch möglichst regeln, und gerade jetzt, wo wir mit einiger Sicherheit darauf rechnen können, daß der nächste Wahlfeldzug sich unter der wirtschaftlichen Parole vollziehen wird, sollten die Beziehungen zwischen den Wählern und dem Gewählten sich möglichst eng gestalten. Aber es ist eine alte, immer neue Geschichte, daß die Herren, die das „M. d. R.“ hienem Namen hinzuzufügen dürfen, sich alsbald zu vornehm be-

danken, als daß sie zum Volke herabstiegen. Die Mythen der verschlossenen Thüre müssen der misera contribuens plebs genügen.

Das ist sehr schön gesagt; so schön, daß, wenn sich Herr Haffe diese Censur bestellt hätte, sie nicht diplomatischer und zweckentsprechender hätte gedreht werden können. Der gitternde Ton patriotischer Besorgnis ist so naturgetreu getroffen, daß Herodes-Haffe numblig den Kopf des Vöhpredigers von dem Verleger der Leipziger Neuesten Nachrichten fordern kann. Bei diesem hat sich Herr Viman noch zum Ueberflus ein rotes Röcklein verdient durch die ritterliche Länge, die er im gleichen Artikel so uneigennützig gegen die konturierende lokale Amts- und Parteipresse eingelegt hat. Wenn man die Unerforschlichkeit besitzt, die Thätigkeit der Beamten-Redakteure der sächsischen Amtsblatt-presse „so rückständig, so jammervoll als möglich“ zu finden, so muß man auch einige Worte gegen den Erwählten der Stadt Leipzig riskieren dürfen. Die Prophezeirolle braucht also diesmal nicht tragisch zu enden, zumal wenn unter dem Gewand aus Kameelschaaren die feinen Finger und wohlgepflegten Hände des Vöhpredigers dessen Kommodiantenvererbe verateten. Man wird sich also beruhigen und den treuen Wähler auch da nicht allzu ernst nehmen, wo er in der Sache selbst recht hat. Möglich zwar, daß Herr Haffe den ihm zugeworfenen Ball auffängt und eine Erklärung freigen läßt. Wenn aber nicht, so kann sich Herr Viman zur Reichstagswahl im nächsten Jahre in die Brust werfen und darauf hinweisen, daß sein Blatt die Ansprüche der nationalgefunten Leipziger Wählerchaft an „ihren Haffe“ in alldeutscher Treue gewahrt habe. Und die berühmte politische Veschidenheit der Leipziger Spießer wird sich damit begnügen, daß „der Standpunkt gewahrt worden ist“. Und weiter hatte ja Herr Viman's Fastenpredigt keinen Zweck.

Deutsches Reich.

Parlamentsbriefe.

Aus dem Reichstage.

B. Berlin, 29. Januar. Der Reichstag hielt nach langer Zeit wieder einmal einen Schwerinstag ab. Seit der großen Sommerpause ist das nicht vorgekommen. Das Haus war gut besucht, beinahe beschlußfähig und auch der Regierungstisch war besetzt. Die neulichen Verhandlungen, bei denen der Reichskanzler noch principiell das Recht für den Bundesrat in Anspruch nahm, den Verhandlungen über Initiativanträge fernzubleiben, haben in praxi also doch geholfen. Und die Regierungsvertreter waren nicht nur nicht abwesend, sie beteiligten sich auch an den Debatten.

Der Reichstag selbst machte rasche Arbeit. Ueber alle drei auf der Tagesordnung stehende Anträge wurde verhandelt. Zunächst über den Antrag Wassermann und Genossen, der die Errichtung kaufmännischer Schiedsgerichte verlangt. Nach einer kurzen Begründung des Antrags, der ja eine schon vielfach erörterte Frage behandelt, durch den Abg. Wassermann, erklärte der Ministerialdirektor Caspar vom Reichsamt des Innern, daß dem Hause in nicht allzu ferner Zeit ein Gesetzentwurf, der den Wünschen der Antragsteller Rechnung trägt, vorgelegt werden würde. Im Hinblick hierauf bat der Regierungsvertreter von einer Kommissionsberatung abzusehen. Die Mehrheit der Parteien beschloß trotzdem die Einsetzung einer 14gliedrigen Kommission. Meinungsverschiedenheiten machten sich lediglich darüber geltend, ob die Schiedsgerichte für die Handlungsgehilfen den Amtsgerichten oder den Gewerbe-gerichten angegliedert werden sollen. Unser Genosse Rosenow stellte Anträge in Aussicht, wonach alle männlichen und weiblichen Handlungsgehilfen vom 21. Jahre ab das aktive und passive Wahlrecht zu den an die Gewerbegerichte anzugliedernden kaufmännischen Schiedsgerichten erhalten sollen.

In zweiter Stelle wurden die gleichlautenden Anträge Nider und Gröber auf Abänderung des Wahlgesetzes für den Reichstag beraten. Auch diese Anträge sind alte Bekannte. Sie wollen die geheime Abstimmung sichern und verlangen deshalb die Viesierung gleichförmiger amtlicher Wahlcouverts und einen isolierten Raum für die Abgabe des Stimmzettels. In der Diskussion nahmen nur die Vertreter der konservativen Parteien gegen die Anträge Stellung, von allen anderen Parteien wurden sie warm befürwortet. Herr v. Tiedemann schwärmte wieder für öffentliche Stimmabgabe. Herr v. Ledebow will vom bestehenden Wahlgesetz nichts wegnehmen, aber auch nichts hinzufügen, er nahm es dem Abg. Nier ordentlich übel, daß er aus seinen langjährigen Erfahrungen ein paar besonders

markante Fälle von Wahlbeeinflussung zum besten gab. Er gab der wunderlichen Meinung Ausdruck, daß das nicht zur Sache gehöre. Gerade die Wahlbeeinflussungen aber haben doch den ganzen Antrag auf größere Sicherung veranlaßt. Das ist so klar, daß man meinen sollte, auch einem preussischen Junker müßte der Zusammenhang der beiden Dinge klar werden.

Die Anträge Nider und Gröber wurden in erster und zweiter Beratung erledigt und gegen die Stimmen der Konservativen und Reichsparteiler angenommen.

Von der Regierung nahm niemand das Wort. Sie scheint also ganz auf dem Standpunkt der Junker zu stehen.

Schließlich kam noch der Toleranzantrag des Centrums zur zweiten Lesung. Die Debatte blieb aber im § 1, der den Grundsatz allgemeiner Religions- und Bekenntnisfreiheit proklamiert, stehen. Graf Bilkow, der bei der ersten Beratung des Antrags erklärt hatte, daß mit ihm in die hier, wenn auch nicht principiell so doch praktisch, nachgehoben. Er hat sich mit den einzelstaatlichen Regierungen „bundesfreundlich“ verständigt und bei Mecklenburg und Braunschweig bereits den Erfolg gehabt, daß diese Staaten daran gegangen sind, die Ungleichheiten in der Behandlung der einzelnen Konfessionen durch landesgesetzliche Regelung zu beseitigen. Jetzt steht nur noch Sachsen aus, und das wird wohl auch noch nachfolgen. Also Sieg des Centrums auf der ganzen Linie und eine tiefgefühlte Dankrede des Herrn Bader konstatierte diesen Sieg. Von unseren Genossen nahm Kunert das Wort. Er legte kurz die principielle Stellung unserer Partei, die vollständige Trennung der Kirche vom Staate dar und hob hervor, daß von einer allgemeinen Religionsfreiheit solange nicht die Rede sein könne, als nicht den Dissidenten die gleichen Rechte, wie den sogenannten anerkannten Religionsgemeinschaften eingeräumt würden.

Am nächsten Schwerinstag wird die Beratung fortgesetzt werden.

Heute steht die dritte Lesung der Brauntweinsteuer-gesetznovelle auf der Tagesordnung.

Aus dem preussischen Landtage.

H. Berlin, 29. Januar. Das Abgeordnetenhaus beriet heute in zweiter Lesung den Etat der Gestätsverwaltung. Aus der Debatte sind nur die Beschwerden des Abg. Kopsch (freil. Sp.) über die schlechten Schulzustände auf dem Gestät Trakehnen und über die mangelnde Fürsorge für die Witwen der dort beschäftigten Arbeiter zu erwähnen. Die Herren von der Rechten begleiteten die ihnen unbecuemen Ausführungen des freisinnigen Redners mit der Beratung des Gestätsbetats ausgepaßten Lauten; der Minister wies die Klagen als unbegründet zurück.

Hierauf setzte das Haus die Beratung des Etats der landwirtschaftlichen Verwaltung fort. Die Debatte verlief sich in Einzelheiten ohne allgemeines Interesse. Das Gehalt des Ministers wurde noch nicht bewilligt.

Morgen: Fortsetzung und kleinere Vorlagen.

Wie Friedrich II. von Preußen seine Offiziere qualifizierte.

Das Militärwochenblatt Nr. 7 d. J. veröffentlichte aus Anlaß der Wiederkehr des Geburtstages Friedrichs II. eine bisher nicht publizierte Kabinettsorder des Königs, die unter dem 3. September 1784 an den General von Tauentzien gerichtet ist und wieder einmal zeigt, welche Kämpfe Friedrich II. mit seinen Offizieren hatte, bis er sie zur Erfüllung ihrer Pflicht brachte. Die Kabinettsorder, die die verschiedenen Fehler aufzählt, die der König bei den unter der Inspektion Tauentziens stehenden Truppen gefunden hatte, macht unter anderem folgende Anstiftungen: „Der Fehler in der Inspektion unter euch ist, daß sich die Off. (Offiziere) mit weiß Gott für Karren-poffen amüstieren und nie an den soliden Dienst denken, daraus entstehen dann solche Sottisen, die, wann es Ernst wäre, sehr gefährlich werden können. . . . Denn am Fuß des Berges halten zu bleiben und nicht auf die Höhe zu gehen, da wo man den Feind in der Bataille verfolgt, ist eine capitale Saut, daß man nicht weiß, was man von denjenigen denken soll, der solche Generals nur duldet. Man darf nur Schuster und Schneider zu General machen und sie werden keine ärgeren Thorheiten begehen. . . . Diefelbe Unbedachtsamkeit ereignet sich im Kleinen wie im Großen, denn schon der gemeine Mann ist bei den mehresten Regimentern nicht gut ausge-arbeitet, bei Jarembo ist es am schlechtesten, bei Thadden

„Ja, gottlob!“
„Du sagst gottlob?“
„Du bist nie derselben Meinung wie andere.“
„Nein. Es giebt ja genug, die derselben Meinung sind.“
„Was thut der Sommer Dir?“
„Ach nein, mir persönlich thut er gerade nichts (Knapsted sprach stets mit unerschütterlichem Ernst). Mir ist es einerlei. Aber die Leute werden so verückt im Sonnenschein; genau so, als wenn sie in der Lotterie gewonnen hätten. Sie putzen sich und gehen in den Wald und jagen, und dann singen sie und lamentieren und stellen sich an. — Es sollte immer Regentwetter sein!“
„Rufi, Du verdickst mir den ganzen Spaziergang, Zöllner!“
„Und dann schreiben sie gesperret in die Zeitungen, daß jetzt der Star gekommen, und daß jetzt der Kiebig gekommen ist, und daß jetzt der Storch gekommen ist. Es würde doch viel sonderbarer sein, wenn sie fortgeblieben wären!“
„Liebst Du denn die Natur nicht?“
„Die Natur? — Nein! — Die kenne ich.“
„Und die grünen Bäume und die Blumen und das Meer?“
„Das kenne ich alles!“
„Du kennst ja aber auch das Regenwetter.“
„Ja. Aber dann halten die Leute doch wenigstens den Mund und bleiben im Hause.“
„Du gehst doch auch aus!“
„Ich gehe um meines Wagens willen!“
Der Oberlehrer legte sanft seine Hand auf den Arm des Kontrolleurs und sah ihm in die Augen.
„Ich glaube, Du bist ein unglücklicher Mensch, Knapsted.“
„Ja! Welch Frauenzimmer hat die Idee ausgebrütet?

Weil man nicht schon längst vor Lachen geplagt ist, braucht man doch auch nicht gleich „un-glücklich“ zu sein!“
„Ich kann Dich nicht verstehen, Knapsted,“ sagte der Oberlehrer tief bekümmert. — „Ich kann Dich wirklich nicht verstehen.“
„Das nimm Dir nur nicht zu Herzen, kleiner Ober-clausen! Zum Teufel auch, wozu solltest Du mich wohl verstehen. Immer und ewig müßt Ihr „verstehen“. Wenn man etwas erst versteht, Mensch, so ist es langweilig. Ihr solltet mich lieber im Rathhaus gratis bespeisen, weil ich Euch alle hier belustige! — Aber vergiß nicht: Keine heißen Weine! Die verträgt mein Magen nicht!“
„Du bist wirklich ein unglücklicher Mensch!“ sagte der Oberlehrer mit Ueberzeugung.
„Meinst Du, weil ich keine heißen Weine vertragen kann?“
„Ach was, Du mit Deinen heißen Weinen! Nein, Deine Seele ist krank!“
Der Zöllner lächelte hinter seinem Urwald.
„Ja, dann posauce es nur bei Deinem nächsten Kaffeeklatsch aus,“ sagte er. „Dann bekommst Du am Ende zwei Tassen.“
„Wenn wir doch nur Einfluß auf Dich gewinnen könnten!“
„In Bezug auf was?“ fragte Knapsted und sah seinen Begleiter zum erstenmal an.
„Auf Deinen inneren Menschen — —“
„Gm! Wie viele Menschen meinst Du denn, daß ich habe?“
„Laufen wurde heftig:
„Ich kann es nicht ertragen, daß Du so mit den Worten spielst!“ sagte er, und das Blut schoß ihm in die Wangen, — „Du weißt sehr wohl, daß wir ganz etwas

für Dich thun möchten, — — daß — — daß die Stadt Dich gern mit sich verschmolzen sähe — Dich in die Gesellschaft aufnehmen würde! Du — Du gehst hier so verlassen umher, und — und —“
„Erau blieb stehen. Und indem er seinen schweren Stok hart auf die Steine der Landstraße niederlegte und beide Hände auf die Krücke stützte, hob er sich auf die Behenippen und steckte dem Freunde seine Haarfülle gerade unter die Nase, indem er brüllte:
„Was zum Teufel geht denn Euch das an!“
Der Oberlehrer wich einen Schritt zurück.
„Hast Du denn keine Menschenseele, die Du lieb hast?“ fragte er.
„Ja!“ antwortete Knapsted, „Bismarck und Exkönig Milan von Serbien.“
Der Oberlehrer schüttelte trübe den Kopf. Es that ihm wirklich im Innersten seines Herzens weh, daß er nicht im stande war, „etwas für diesen armen Menschen“ zu thun.
Blötzlich kam ihm ein lichter Gedanke, er sagte:
„Aber Du fährst ja auch in den Wald!“
„Was thue ich?“
„Du bist ja im Sommer auch im Walde gewesen!“
Die Haarzotteln des Zöllners standen zu Berge.
„Ja, ich bin im Walde gewesen!“ gab er ruhig zu.
„Aber das war hauptsächlich, um mit Euch anderen Bestien einen Leichenschmaus für Grifsen abzuhalten. Clausen lebte vor Entrüstung.
„Knapsted!“
„Ja, dann bekümmere Dich in Zukunft nicht um meine Angelegenheiten, lieber Oberclausen!“
Dann schritten sie eine Weile schweigend nebeneinander her.
(Fortsetzung folgt.)

gar nichts aus, bei Keller, bei Erlach, bei Haager ebenso wenig. Warum? Darum, weil die Offiziers faul sind und mit so wenig Arbeit suchen als möglich suchen von der Sache zu kommen, weil sie sich an ihr Handwerk gar nicht attachieren, denn sich eine Ehre daraus zu machen, daß die Regimenter in gutem Stand, da denkt kein Mensch daran. Künftiges Jahr wo Sr. Majestät noch leben, werden Sie alle Regimenter an einen Ort zusammenziehen. Wären sie selber ein Bißchen fleißiger, so würden die Offiziers Sr. Majestät die Milde sparen, da es aber nicht anders ist, so soll die Sache doch in Ordnung kommen, und Sr. Majestät werden keine Complimente machen."

Und wer waren „die Offiziers“, die sich „mit weiß Gott 1902 für Karrenposten amüsierten, faul waren und mit so wenig Arbeit als möglich von der Sache zu kommen“ suchten? Das waren die Junker. Anno 1806 haben sie dann die Befähigung für die Qualifikation, die ihnen Friedrich II. ausstellte, erbracht.

Berlin, 30. Januar. Anlässlich des bevorstehenden 70. Geburtstages des Eisenbahnministers v. Thielen bringt die Norddeutsche Allgemeine Zeitung einen ausführlichen Artikel über den Lebensgang des Ministers und schließt: „Aus alledem entrollt sich ein Gesamtbild vielseitigen und fruchtbareren Wirkens und Schaffens, wie es selten einem Staatsmann vergönnt ist. Minister v. Thielen kann an seinem 70. Geburtstage der vollen Anerkennung aller Kreise der Bevölkerung sicher sein.“ — Schön! Hoffentlich verläuft der Festtag — ohne Eisenbahnunfall!

Der Sozialwissenschaftliche Verein hatte für gestern abend eine Versammlung einberufen, um gegen die Auflösung des Vereins seitens des Rektors Stellung zu nehmen. Es wurde eine Resolution angenommen, die ihrem Bedauern über die Auflösung des Vereins Ausdruck giebt und die Zustimmung zur Abwendung einer Petition der Alten Herren an den Rektor erteilt. Gleichzeitig wurde der Vorstand ermächtigt, an Geheimrat Wagner eine Dankbescheide aufzugeben für sein Eintreten zu Gunsten des Vereins.

Staatsanwaltschaftsrat Cunn ist nach einer Meldung der Berliner Volkszeitung von Berlin an die Staatsanwaltschaft in Hagen versetzt worden, woselbst er am nächsten Sonnabend seine Amtsgeschäfte übernimmt. Staatsanwaltschaftsrat Cunn ist der Herr, der jüngst beim Kommerse alter Burschenschaftler in Berlin zum unentwegten Festhalten an der strafgesetzlich verbotenen Ansitze des Zweikampfs aufforderte.

Das Schicksal des Zolltarifs. Die offiziöse Süddeutsche Reichskorrespondenz erhält eine Zuschrift aus Berlin, in der behauptet wird, daß nicht nur die Mehrheit der verbündeten Regierungen, sondern auch die preussischen Stimmen im Bundesrat gegen einen etwaigen Reichstagsbeschluss auf Erhöhung der Zölle für Getreide oder weitere Bindung anderer landwirtschaftlicher Güter sich erklären würden; eine öffentliche Erklärung über diese Absicht sei nur deshalb nicht erfolgt, weil der Reichstag bisher noch keinen Beschluss gefasst habe, der eine solche Erklärung nötig mache.

Die Deutsche Tageszeitung tröstet ihre Leser mit einem Hinweis auf die Leipziger Zeitung, die sich jüngst dahin ausdrückte, daß es im Interesse der Landwirtschaft zu begrüßen sei, wenn die Sätze des Zolltarifentwurfs im Einvernehmen mit den verbündeten Regierungen etwas heraufgehoben werden könnten. Daß der Staat, dessen Bevölkerung vorgerstern den Sozialdemokraten zur Wehrzeit unter seinen Reichstagsabgeordneten verholpen hat, selbst Preußen an Erthheit der agrarischen Gesinnung übertrumpft, kann weiter nicht wunder nehmen.

Doch wozu all das Geschrei. Der liebe Müß' ist doch verloren!

In der Budgetkommission des Reichstages interpellierte Abg. Dr. Müller-Sagan (freis. Bp.) vor Eintritt in die Tagesordnung den Staatssekretär v. Tirpitz wegen des im Vorwärts veröffentlichten Erlasses des Reichsmarineministers vom 6. Januar 1902 betreffs Vermehrung der Indienststellung, sowie betreffs Vergrößerung der Auslandsflotte.

Staatssekretär v. Tirpitz erklärte, der Erlaß sei authentisch. Er bedauere zwar, daß der Erlaß entwendet worden sei, er könne aber nicht an, daß in demselben irgend etwas Verhängnisvolles enthalten sei. Der Erlaß hätte ruhig in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung veröffentlicht werden können. Eine erhebliche Verstärkung der Auslandsflotte sei unbedingt erforderlich. Eine solche Forderung habe er für 1905/1906 schon bei der Beratung des letzten Flottengesetzes angekündigt.

Abg. Webel (Soz.) rät, solche Erlasse in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung zu publizieren, denn sonst würden sie doch im Vorwärts erscheinen.

Abg. Müller-Julda (Centr.) bestreitet auf das entschiedenste, daß eine weitere Neuforderung für die Marine (bezüglich der Auslandsflotte) für die Geltungsdauer des Flottengesetzes vom Staatssekretär angekündigt worden sei. Im Gegenteil seien demartige Befürchtungen vom Regierungsbüro aus als gegenstandslos bekämpft worden.

Nach Eintritt in die Tagesordnung wird die Beratung über den Eintrag von Kantschou fortgesetzt. Auf die Anfrage, ob die Beamten von Kantschou zu besonderer Verschwiegenheit über ihre außerdienstlichen Erfahrungen verpflichtet würden, erklärt Staatssekretär v. Tirpitz, daß die Beamten nur über Dienstgeschäfte Verschwiegenheit zu bewahren hätten.

Abg. Hoffmann-Hall (lib. Bp.) befragt die Einbringung chinesischer Hauschweine nach Deutschland; die Antworten lieferten in Schweinezucht das Höchste.

Nach längerer Diskussion wird ein Antrag Müller-Julda (Centr.) mit großer Mehrheit angenommen, der die Hälfte der Vermehrung für (berittene) Mannschaften, sowie eine entsprechende Vermehrung der Cadres zugesticht.

Für die Chinesentruppe wird auf Antrag Müller-Julda (Centr.) gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der freisinnigen Volkspartei die Hälfte des geforderten Betrages von 55 000 Mk., also 27 500 Mk., bewilligt; ebenso die Vergrößerung der Matrosenartillerie. Bei den fraglichen Positionen werden insgesamt 119 608,50 Mk. abgesetzt. Im übrigen wird der Etat unbedenklich genehmigt.

Bei der Besprechung der Denkschrift betreffend die Entwicklung des Rautschongebiets regt

Abg. Prinz Arenberg (Centr.) die Errichtung eines Lehrstuhls für Kolonialrecht an einer deutschen Hochschule an, indem er darauf hinweist, daß die heutige Vorbildung der Kolonialbeamten unzureichend sei.

In gleichem Sinne äußert sich Abg. Dr. Nasse (nat.-lib.). Die Abgg. Eichhoff (freis. Bp.) und Müller-Sagan

(freis. Bp.) bemängeln die Angaben der Denkschrift bezüglich des Handels und Verkehrs.

Staatssekretär v. Tirpitz erklärt, die Handelsübersicht der Denkschrift beziehe sich nur auf den Transitverkehr, der eigene Verbrauch des Schutzgebietes sei nicht einbezogen. Der Umsatz sei von 5 Millionen auf 14 Millionen im letzten Berichtsjahre gestiegen. Eine Uebersicht über die Entwicklung des Eisenbahnverkehrs zu geben sei das Marineamt nicht in der Lage, da die Bahnen sich im Privatbesitz befinden. Doch könne er privatim mitteilen, daß die Frequenz sich erheblich gesteigert hat. Auch bei der Erschließung von Hongkong habe es lange gedauert, ehe sich der Handel entwickelt hat. Noch nach 10 Jahren sei in England angeregt worden, Hongkong als auswärtslos aufzugeben.

Der Staatssekretär griff sodann auf die vor der Tagesordnung behandelte Veröffentlichung des Vorwärts zurück und verlas aus den Verhandlungen des Reichstages vom 6. Juni 1900 seine Erklärungen betr. der Auslandsflotte. Schon damals sei eine Vermehrung derselben als notwendig bezeichnet worden. Diesen Standpunkt habe er auch in der Folgezeit vertreten, wie sich aus seiner Korrespondenz mit dem Reichsschatzamt ergebe, die der Staatssekretär im Wortlaute mitteilte. Er hoffe, daß diese Angaben eine Beruhigung der Bevölkerung verhüten würden.

Abg. Dr. Müller-Sagan (freis. Bp.) ist im Gegenteil der Meinung, daß die Mitteilungen des Staatssekretärs betreffs der gesteigerten Indienststellung sowohl, wie betreffs der gesteigerten Vermehrung der Auslandsflotte allgemein alarmierend wirken werde. Der Staatssekretär habe doch nur aus der Korrespondenz mit dem Reichsschatzamt nachgewiesen, daß er mit Hochdruck auf eine neue Marineneubelle hinarbeite.

Abg. Webel (Soz.) wünscht die Erklärung des Staatssekretärs zu Protokoll gegeben.

Graf Oriola (nat.-lib.) erklärt, die Nationalliberalen hätten lebhaft bedauert, daß 1900 die Auslandsflotte gestrichen seien. Auch heute erachteten sie eine Vermehrung für dringend geboten.

Abg. Müller-Julda (Centr.) bestreitet, daß die Erklärungen des Staatssekretärs oder die Verhandlungen des Reichstages irgendwie auf eine erhöhte Indienststellung oder auf eine Vermehrung der Auslandsflotte über den Rahmen des Flottengesetzes hinaus, hinausgelaufen seien. Der Reichstag habe sich in seiner Weise gebunden. Wenn die Linke nur fest bleibe, würden keine Auslandsflotte bewilligt werden.

Abg. Dr. Müller-Sagan (freis. Bp.) weist den Vorwurf zurück, als sei auf die Linke kein Verlaß. Die Freisinnigen hätten nur dann den Streichungsbeschluss des Centrums sich entgegengesetzt, wenn diese sich auf Auswärtigen bezogen hätten, deren Ablehnung nachteilig gewesen wäre für die technische Vollkommenheit oder die familiäre Sicherstellung des Heeres und der Flotte. Abgeordneter Müller-Julda solle nur seinerseits gegenüber Mehrforderungen eine größere Festigkeit beweisen als bisher.

Nächste Sitzung: Donnerstag 10 Uhr. Tagesordnung: Auswärtiges Amt und Reichsamt des Innern.

Aus der Petitionskommission des Reichstages. Der Apotheker Hinz in Or.-Grotzsch, unterstützt von einer Anzahl seiner Berufsgenossen, petitioniert um „Verbesserung des Militär-Apothekerverseins“. Die Apotheker, so behaupten die Petenten, seien mit ihrer jetzigen militärischen Stellung sehr unzufrieden. Sie nähmen nicht die Rangstufe ein, wie ihre Berufsgenossen in Oesterreich, Frankreich und anderen Staaten. Der deutsche Militär-Apotheker sei eine unglückliche militärische Figur, da er selbst von den Militärärzten nicht geachtet würde. Petenten beschwerten sich über den polizeilichen Kraken der Militär-Apotheker und fordern, daß derselbe mit Silber- oder Goldstücken versehen werde. Ferner fordern sie, daß die Militär-Apotheker 6 Monate im Woffendienst ausgebildet und nur 6 Monate im Apothekerdienst verwendet werden sollen. — Der anwesende Regierungskommissar erklärte, daß im Kriegsministerium eine Kommission sich eingehend mit den Wünschen der Apotheker beschäftige. Es beständen noch Zweifel, ob man den roten Kraken mit Gold- oder Silberstücken versehen solle. Auch über die militärische Ausbildung der Apotheker im Woffendienst und über die Grundsätze seien Verhandlungen in der Schwebung.

Abg. Thiele (Soz.) beantragte, die Petition, soweit sie eine bessere dienstliche Ausbildung der Apotheker fordere, dem Reichskanzler als Material zu überweisen, über die Grundsätze und Uniformfrage aber zur Tagesordnung überzugehen. Die Petition wolle die Etikette der Apotheker befriedigen und hierzu mitzuwirken, lege kein Grund vor. Nicht durch die Uniformierung, sondern durch tüchtige Leistungen sollten sich die Apotheker Achtung erwerben. — Abg. Krämer (nat.-lib.) führte aus, daß der Apotheker doch auch ein studierter Mann sei und deshalb Anspruch auf gesellschaftliche Rücksichten habe. — Die Kommission beschloß, gegen die 5 Stimmen der Sozialdemokraten, die Petition dem Reichskanzler zur Erwägung zu überweisen.

Die Witwe Spranger in Neubrandenburg petitioniert um Erlaß von Vorschriften zur Verhütung der Beerbidung Scheintoter. Sie führt an, daß in ihrer Familie mehrere Fälle von Scheintod vorgekommen seien. So habe ihr verstorbenen Ehemann als 9jähriger Knabe bereits als Leiche starr im Sarge gelegen und sei dann wieder ins Leben zurückgekehrt. — Diese Petition soll dem Reichskanzler zur Kenntnisnahme überwiesen werden.

Eine Petition, betreffend Erlaß strafrechtlicher Bestimmungen zur Verhinderung medizinischer Eingriffe zu diagnostischen, Heil- und Immunisierungszwecken an Menschen, soll dem Reichskanzler zur Erwägung; eine solche, betreffend die Haftpflicht der Besitzer von Kraftwagen (Automobil- oder Motorfahrzeugen), soll dem Reichskanzler als Material überwiesen werden.

Die Zeiten ändern sich und wir mit ihnen. Zur Lebensbeschreibung des antimilitärisch-konserverativen Reichstagsabgeordneten v. Maffow schreibt die Königsberger Hartungsche Zeitung: „Herr v. Maffow war nicht immer Volksvertreter, er hat nicht immer so schöne Reden wie am Sonnabend gehalten. Er war auch einmal Altmeister bei den Wrangel-Kirassieren in Königsberg. Damals verkehrte er, wie uns versichert wird, viel und gerne in wohlhabenden Kaufmannsfamilien — und zwar ohne Rücksicht auf die Konfession. Ja, er bewarb sich sogar um die Hand der Tochter eines sehr reichen jüdischen Großkaufmanns, und es soll nicht an ihm gelegen haben, daß er sie nicht erhalten hat. — So ändern sich die Zeiten!“

Für die Reichstagswahl in Elbing-Marienburg an Stelle des Abgeordneten v. Puttkamer-Plauth ist nach der Elbinger Zeitung der konservative Landtagsabgeordnete v. Oldenburg-Jaunshan in Aussicht genommen, der Führer des Bundes der Landwirte.

Dagegen meldet die Deutsche Tageszeitung wohl zu alle-

gemeiner Ueberraschung: „Der konservative Abgeordnete v. Puttkamer-Plauth, dessen beabsichtigte Mandatsniederlegung mehrfach gemeldet wurde, hat bisher von dieser seiner Absicht weder dem Bureau des Reichstages noch seiner Fraktion Mitteilung gemacht. Es darf daher angenommen werden, daß er diese Absicht nicht gehegt hat, oder doch davon zurückgekommen ist.“

Unangenehme Erinnerungen an die Heimat sollen dem seefahrenden Prinzen Heinrich während seines Aufenthalts in Amerika bevorstehen. Aus Newyork wird gemeldet: 28 Newyorker Polenklubs veranstalteten eine Protestkundgebung gegen die Behandlung der Polen in Preußen. 2000 Polen wollen dem Prinzen Heinrich bei seiner Amerikareise die in den Versammlungen gefaßte Resolution überbringen.

Ein nervöser Schutzmann. Vor der Dortmunder Strafkammer hatte sich am Mittwoch wieder einmal ein Schutzmann wegen Ueberschreitung der Amtsbefugnis zu verantworten. Es war der bei der Dortmunder Sittenpolizei angestellte Schutzmann Treibig, der schon mehrmals in renitenter Weise gegen das Publikum aufgetreten ist und von seinem Stocke Gebrauch gemacht und auch deshalb eine Vorstrafe erlitten hat. Weil er sich „im Dienste geistig und körperlich aufgerieben“ habe, sollte er pensioniert werden, was aber bisher an seinem Widerspruch scheiterte. Der Mann leidet an hochgradiger Nervosität und läßt ihm momentan Dienst nicht thun, da er am 21. Oktober v. J. gegen zwei Arbeiter, die ruhig in ihrem Zimmer sich befanden, sich in brutaler Weise benommen hat. Es hatte an diesem Tage auf einer Straße Kravall gegeben. Dieser Beamte war hinzugeeilt, hatte jedoch einen Steinwurf aus Lunte bekommen, worauf die Leute geflohen sind. In dem Moment, einige seien in ein bestimmtes Haus gelaufen, ist er nachgegangen und hat im dritten Stockwerke einem unbeteiligten Arbeiter Faustschläge ins Gesicht versetzt und ihn außerdem mit einem Stocke geschlagen, daselbe machte er einem im vierten Stockwerke wohnenden Arbeiter gegenüber, der seine Thüre verschlossen hatte und auf das Klopfen öffnete. Auf diese Rohheiten hin erhielt dieser Hüter der Ordnung — 100 Mk. Geldstrafe. Was wäre wohl mit einem Arbeiter geschehen, wenn der Fall umgekehrt lag? Man sieht, es giebt Richter, die auch milde urteilen können.

Militärjustiz. Aus Straßburg i. E. schreibt uns unser G.-Korrespondent: Vor dem Kriegsgericht der 30. Division hatten sich dieser Tage der Vicefeldwebel Riisch und die Unteroffiziere Reich und Beyer von dem in Walsheim garnisonierenden 3. Bataillon des Infanterieregiments Nr. 143 unter der Anklage zu verantworten, Civilpersonen durch Mißbrauch der Waffe vorsätzlich mißhandelt und der Polizei bei Ausübung ihres Amtes thätlichen Widerstand geleistet zu haben. Die Angeklagten befanden sich an einem Abend des Oktober nach Feierabend noch in einer Wirtschaft, als dort zwei Polizisten erschienen, um sie zum Weggehen aufzufordern. Anstatt letzteres zu thun, vergriffen sich die Soldaten an den Beamten, erklärten ihnen, sie hätten Militärpersonen gegenüber überhaupt keine Befugnisse und nannten sie außerdem „Lappen“, „Saulappen“ u. Es kam zu einer Prügelei zwischen den beiden Parteien, die sich auf der Straße fortsetzte und an der auch eine Anzahl Civilisten teilnahmen. Die Unteroffiziere zogen blank und wollten auf die Polizei los, wurden jedoch von den Civilisten am Zuschlagen gehindert; einer der letzteren wurde dabei durch einen Sabelhieb besinnungslos niedergestreckt. Der an der Sache völlig unbeteiligte Messinggießer Hesper wurde von dem Feldwebel Riisch unter den Worten: Da steht auch so ein Wackel mit dem Säbel am Arm und von Beyer durch einen Hieb über den Kopf schwer verletzt; ebenso erging es einem zweiten unbeteiligten Arbeiter, der ruhig seines Weges gehen wollte, von den Soldaten aber angegriffen und durch Hiebe auf den Kopf und die Hände verletzt wurde. Der Vertreter der Anklage hielt diese gerade im Hinblick auf die zuletzt genannten Fälle unecht und beantragte wegen dieser und des Widerstandes gegen die Staatsgewalt gegen Riisch und Beyer je zwei Monate Gefängnis, gegen ersteren und Reich außerdem je 50 Mk. Geldstrafe. Die Verteidigung plädierte auf Freisprechung, da die Unteroffiziere in Notwehr gehandelt, die Polizei aber ihre Pflicht der Verhütung des Straßenkandals nicht gethan habe. Das Urteil des Kriegsgerichtes schloß sich diesem Standpunkte an; Reich wurde lediglich wegen des Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu einer Geldstrafe von 10 Mark verurteilt, Beyer und Riisch dagegen vollständig freigesprochen. Die Angeklagten hätten in Notwehr gehandelt; im Falle Hesper sei zwar zuzugestehen, daß der so schwer Verletzte sich am Streite nicht beteiligt habe; immerhin aber hätten sich die Unteroffiziere sich eines Angriffes von ihm versehen müssen.

Dieses Urteil verkennt ebenso den Begriff der Notwehr, wie es das Militärgericht im Fall Stickenron gethan hat. Kein bürgerliches Strafgericht würde einem Angeklagten Notwehr mit der Begründung ausgebilligt haben, daß dieser sich eines Angriffes habe versehen müssen. Es besteht also zwischen der Rechtprechung militärischer Gerichte und der Civilgerichte der Kontrast, daß bewaffnete Militärpersonen mehr gefährdet erscheinen als waffenlose Civilisten. Ein derartiger Zustand sei sogar von militärformen bürgerlichen Gemüthern als standalös empfunden werden.

Der staatsgefährliche Phonograph. Aus Straßburg i. E. schreibt man uns: Große Gefahr drohte vor einigen Tagen der preußisch-deutschen Reichsherrlichkeit im Lande der „wiedergewonnenen Brüder“. Ein „Phonographenkünstler“ hatte sich in der Reichslandeshauptstadt eingefunden, dessen Programm unter anderem auch die verpönte Marxseilkaufe aufwies. Der Mann ließ das unschuldige Ding ungestört einige Tage da und dort in den verschiedenen Wirtshäusern los, bis die Hochwohlthöbliche auf das „staatsgefährliche“ Treiben aufmerksam wurde und dem Apparat den Mund schloß. Wohlgeremert hatte dieser nicht etwa den revolutionären Text, sondern lediglich die herrliche Melodie, bekanntlich eine alte Kirchenweise, zum Besten gegeben. Und trotzdem die Angst der Behörde! Bisher hatte man nichts dagegen einzuwenden, wenn ein Schusterjunge im Reichslande auf der Straße die Marxseiler Weise piff. Allem Anscheine nach soll im Interesse der raskeren Germanisation jetzt diesem ihyllischen Zustande ein Ende gemacht werden.

Ein Gemeindevahltag. Aus Oldenburg wird vom 29. Januar gemeldet: In Delmenhorst gewonnen bei der Stadtratswahl die Sozialdemokraten 10 Sitze und haben damit die Mehrheit.

(Fortsetzung in der 1. Beilage.)

Dazu zwei Beilagen.

Nur Katharinenstr. 16 Messow & Co. Nur Katharinenstr. 16

Nur 10 Tage! Unser diesjähriger Inventur-Räumungs-Verkauf beginnt Freitag den 31. Januar und dauert nur 10 Tage. Nur 10 Tage!

Horrende Ersparnisse für jede Hausfrau.

Unsere Preise erregen Staunen.

Wir offerieren zu wirklichen Ausnahmepreisen:

Ein Posten Wachtische, Zwiebelmischer, Meter nur 88 Pfg.
 Ein Posten Ledertische, 120 cm breit, Meter nur 63 Pfg.
 Ein Posten Nessel-Kommodendecken, Stück nur 45 Pfg.
 Ein Posten Wachtischschürzen für Mädchen, Stück nur 38 Pfg.
 Ein Posten für Knaben, Stück nur 58 Pfg.
 Ein Posten Nessel-Tischdecken, Stück nur 90 Pfg.
 Ein Posten große Marktstaschen mit durchgeh. Nemen, 68 Pfg.
 Ein Posten Gummilunterlagen, Stück nur 20 Pfg.
 Ein Posten Ebevlod, reine Wolle, vorzügl. Qual., Meter 78 Pfg.
 Ein Posten Wollentstoffe, gestreift, Meter nur 1.- M.
 Ein Posten Schürzenstoffe, schwarz gemustert, Meter nur 47 Pfg.
 Ein Posten Vorkleider, Meter nur 93 Pfg.
 Ein Posten Kleiderstoffe, kariert, wunderb. Dessins, Meter 98 Pfg.
 Ein Posten Taillenfutter, doppelseitig, Meter 34 Pfg.
 Ein Posten Jaconnet, grau, 100 cm breit, Meter 25 Pfg.
 Ein Posten Kermelfutter, Nr. 35, Mirokollatun, Nr. 22 Pfg.
 Ein Posten Taillenfutter, weiß, Meter 36 Pfg., grau Meter 25 Pfg.
 Ein Posten Schürzenwärter, Meter 36 Pfg.
 Ein Posten Merveillex, reine Seide, Meter 97 Pfg.
 Ein Posten Frotteerhandschuhe mit Loufah, Stück 27 Pfg.
 Ein Posten Wollkleider, Stück 9 Pfg., Schiefer, Meter 4 Pfg.
 Ein Posten Vorkleiderstoffe, Meter 33, 50, 67, 87 Pfg.
 Ein Posten abgewachte Vorkleider, Paar 3.05, 3.95 M.
 Ein Posten Kinderwagendecken zu spottbilligen Preisen.
 Ein Posten Gartenschildecken mit Franke, echt, Stück 93, 128 Pfg.
 Ein Posten Bettdecken $\frac{1}{2}$ breit 58 Pfg., $\frac{3}{4}$ breit 87 Pfg.
 Ein Posten Wollentstoffe, Meter nur 19 und 25 Pfg.
 Ein Posten Kleiderverkleidungen, Stück 7, Taillenfutter, Dsb. 3 Pfg.
 Ein Posten Gummihüte für Kinder, Paar nur 97 Pfg.
 Ein Posten Damen-Umlegekragen, Stück nur 17 Pfg.
 Ein Posten Damen-Glasgashandschuhe, Paar 1.25 M.
 Ein Posten Perlgehänge, nur geblühte Neuheiten, 48 u. 68 Pfg.
 Ein Posten farbige Spitzen, Meter nur 3 Pfg.
 Ein Posten Tüllspitzen und ein Posten Valenciennespitzen, Meter 13 Pfg.
 Fertige Bettbezüge sowie einzelne Kopfkissen sehr billig.

Schwarze Kollimröcke, ganz gefüttert, Stück 2.88 M.
 Bettvorleger in großen Massen, das Stück 48 Pfg.
 Gendensbarchent, gute reelle Ware, 3 Meter 94 Pfg.
 Korsetts in allen Welten, Stück 1.35, 1.48, 1.68 M.
 Tischtücher, weiß, St. 35 Pfg. Gebf. Handtücher, Dsb. 2.93 M.
 Mannshemden, 100cm lang, St. 1.18 M. Normalhemd. 1.38 M.
 Mannshosen, Wolle, Paar 48 Pfg.

Steh- und Umlegekragen, 4fach Seiden
Stück 10 Pfg.

Tülldecken, 65/65 groß, Stück 26 Pfg. Obstdecken, Stück 7 Pfg.
 Einlaufdecken, vorgezeichnet, auf Fischertein, Stück 37 Pfg.
 Korsettschoner in allen Farben, Stück 18 Pfg.
 Taschentücher, groß, St. 20 Pfg. Kindertaschentücher 4, 10 Pfg.
 Jacoanetttücher, groß, Stück 24 Pfg. Radfahrhilfen 28 Pfg.

Bürgerwolle, vorzügl. Strickgarn
das Pfund nur 1.70 M.

Weiße Damenhemden, Vorderabschluss mit Spitze 1.37 M.
 Weiße Damenhemden, Abschluss und Steiderei 1.37 M.
 Weiße Damenhemden aus Molton mit Herpasse 1.28 M.
 Weiße Nachtsachen in Cover-Diagonal 1.37, 1.48 M.
 Bunte Nachtsachen 98 Pfg.
 Damenbeinkleider, bunt, Velour mit Languette 1.38 M.
 Elegante Morgenhauben, jedes Stück nur 32 Pfg.

Velut angehaubte Damen-Wäse zu sehr billigen Preisen. Ebenso **Ober-Hemden**, etwas angehaubt, Stück 1.68 Pfg.

Deckelkissen, Band, St. 12 Pfg. Regattes m. Band, Stück 88 Pfg.
 Kinderhandschuh, Tricot und gestrich, Paar 9 Pfg.
 Herrenhandschuh, Tricot, Paar 37 Pfg.
 Hutfaçons, nur schwarz, modern u. sic, Stück 58 Pfg.
 Garnierte Kinderhüte, Stück 78 Pfg.

Tellermilgen, St. 28, 38, 48 Pfg. Krümmbarretts 28 Pfg.
 Mädchenkapotten, entzückende Sachen, St. 33, 48, 68, 78, 97 Pfg.
 Pannschilfen in rot und weiß, Stück 78 Pfg.
 Dammseljackchen zu sehr billigen Preisen.
 Tuch-, Wolle- und Halbwolle sportbillig.
 Ballshawl, etwas angeschmückt, sportbillig.
 Schulterkragen in Mirahan und Wilsch, St. 1.68, 1.98, 2.60 M.
 Damenblusen in Velour, Stück 88 Pfg., 1.48, 1.68 M.
 Kinderkleidchen, Stück 90 Pfg., 1.-, 1.10 M.
 Schlafdecken zu noch nie dagewesenen Preisen.
 Wanderschürzen, groß und weit, Stück 43, 57, 87, 98 Pfg.
 Tändelschürzen, elegant ausgestattet, Stück 58, 78 Pfg.
 Wirtschaftsschürzen, elegant ausgestattet, 98 Pfg., 1.38 M.
 Kinderhängeschürzen, 45 cm 50 cm 55 cm lang,
 Stück 98 Pfg. 1.17 1.27 M.
 Kinderhängeschürzen, 60 cm 65 cm 70 cm 75 cm lang,
 St. 95 Pfg., 1.07 1.18 1.27 M.

Tändelschürzen, hell, mit Seidenstreifen, Stück 58 Pfg.
 Schürzen, fertig genäht, Stück 67 Pfg.
 Bilderschürzen, Stück 5 und 13 Pfg.
 Bilderschürze, $\frac{3}{4}$ m lang, für nur 37 Pfg.
 Plaidhosen, weiß, Stück 18 Pfg.
 Kinderhosen, gestrich, Stück 18 und 25 Pfg.
 Badehandschuh, Stück 48 Pfg.
 Chemisestawls werden anverkauft.
 Seidenstoffe-Koupons für Blusen, nur Neuheiten, werden anverkauft.
 Tischdecken - Bäckerstoffe - Seidene Blusen werden anverkauft.
 Perlbezüge u. Posamentenbezüge, Meter 2 Pfg.
 Solafissen 38 u. 78 Pfg. Kinderkästchen, Paar 5 u. 9 Pfg.
 Ein großer Posten Korsetts, früher 2.50, 3.-, 4.50 M., jetzt 1.67, 2.32 M.
 Weiße Ballhandschuhe, Halbseide, für Damen, lang, früher 2 M., jetzt 58 Pfg.

Für die Jugend werden Karten mit ausländischen Briefmarken gratis verteilt.

Piqué-Barchent-Reste
 Velour-Reste
 Kattun-Reste
 Gardinen-Reste
 Seidenband-Reste
 Seiden-Reste
 Schürzen-Reste
 Bettzeug-Reste
 Handtuch-Reste
 Barchent-Reste

zu enorm billigen nie wiederkehrenden Preisen.

Nur Katharinenstr. 16 Messow & Co. Nur Katharinenstr. 16

Gasthaus Stünz-Leipzig.

Freitag den 31. Januar 1902
Erster grosser öffentlicher Gala-Maskenball
 darstellend: Wie man sich in einer Nacht in Stünz amüsieren kann.

Prachtvolle Dekorationen.
 Konzert u. Ballmusik von 3 Musikchören. Ganz außerordentlich reiche Prämierung.
 Masken im Lokal zu haben.

Tragen wirklicher Waffen ist verboten.
 Eintritt 50 Pfg. Garderobe 20 Pfg.
 Anfang 7 Uhr. Karl Grothe.

Um 10 Uhr: Große Ueberraschung.

Etablissement Fortuna

Leipzig-Menschönfeld, Alarstraße 18.
 Freitag den 31. Januar

Grosser Volks-Maskenball

in sämtlichen festlich decorierten Räumen.
 Ununterbrochen Konzert von zwei Musikchören.
 Prämierung der 3 schönsten Damen- und 3 schönsten Herren-Masken.
 Vorverkauf 50 Pfg. An der Kasse 75 Pfg.
 Anfang 8 Uhr. Anfang 7 Uhr. Ed. Schneider.

Alter Gasthof, Paunsdorf

Freitag den 31. Januar
 Grosser Gesellschafts-Masken-Ball
 vom Allgem. Turnverein Paunsdorf.
 11 Uhr: Prämierung d. 3 schönsten Herren- u. 3 Damenmasken.
 Anfang 6 Uhr. - Entree 50 Pfg.
 Einverständniss hier zu haben bei sämtlichen Turnvereinsmitgliedern und beim Musikleiter.
 Erster Ausschank von Bayerisch- und Lager-Bock.

Dienstag u. Freitag Schlachttest
 Von früh 1/7 Uhr an Weinstübch.
 E. Vetter, Täubchenweg 16.

Dr. Glänzel
 Uhrmacher
 Windmühlenstr. 7
 vis-à-vis
 Weißer Hirsch
 empfiehlt
Trauringe, echt Gold
 von Mk. 4.- an.

Buchhandlung Arth. Gasch
 jetzt Burgstr. 25 (neben d. Thür. Hof).
 Reich ausgestattetes Lager
 billiger Geschenklitteratur
 Postkarten-Albuns etc.
 zu bedeutend ermäßigten Preisen.

Näh- und Wringmaschinen
 in allen Preislagen unter Garantie,
 Pflücker-Presser empf. Katharinenstr. 11.
 Neue u. geb. Möbel verkauft billig
 Lindenau, Altgauer Str. 22, I. r.

Nähe Nürnberger Str. **Restaurant Quetsche** Seeburgstr. 70.
 Empfehle meiner geehrten Nachbarschaft, Freunden und Wonnern mein schön- nettes Kneiplokal, zum Ausbunt gelangt Lagerbier aus der Brauerei F. u. Ulrich, echt Bayerisch u. Gose. Warme u. kalte Speisen zu jeder Zeit. Kuchentische Unterhaltung. Kustmerksame Bedienung.
 Um gütigen Zuspruch bittet
 Edwin Fischer.

Neuer Gasthof Paunsdorf.
 Schönstes u. größtes Stadlfestament der Gegend. - Telephon 1581.
 Bester Zug ab Paunsdorf-Leipzig 12,8 Min.
 Nächsten Sonntag den 2. Februar 1902
Grosse öffentliche Ball-Musik.
 Von 4-5 Uhr Tanzen frei, 9-10 Uhr Neue Ueberraschungen.
 1/2 10 Uhr noch nie dagewesen: Wiener Würstchen- Polonaise! Alle daran Beteiligten erhalten ff. Wiener und Bröden gratis!
 Zu recht zahlreichem Besuch ladet ergebenst ein
 A. Wenger.
 Freitag den 7. Februar Grosses öffentliches Masken-Kostümfest.

Plagwitzer Spitze.
 Allen werten Gästen, Freunden und Bekannten zur Kenntnis, daß ich das bisher von Herrn Emil Baldauf bewirtschaftete
Restaurant zur Plagwitzer Spitze
 L. Plagwitz, Nonnenstraße 58
 Künftig übernommen habe.
 Indem ich bestrebt sein werde, stets für gute Speisen und Getränke zu sorgen und meinen Gästen den Aufenthalt so angenehm wie möglich zu gestalten, bitte ich, durch allseitigen Besuch die meinem Vorgänger zu teil gewordene Unterstützung auch auf mich übertragen zu wollen.
 Hochachtungsvoll
 Johannes Pröhl.

Konkursmasse-Ausverkauf.
 Ein großer Posten Kinder- u. Wirtschaftsschürzen, aus der Konkursmasse Weigler & Lerch herrührend, wird mit 25% Rabatt auf Engrospreise im Laden Leipzig, Promenadenstr. 18, früh von 8-12 u. nachmittags von 2-5 Uhr ausverkauft.
 Paul Gottschalk, Konturverwalter.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

Kleine politische Nachrichten. Wie die Straßburger Bürgerzeitung berichtet, wurde in den letzten Tagen einig...

Oesterreich-Ungarn.

Die Nationalitätenfrage in Ungarn. Budapest, 29. Januar. Im Laufe der Budgetdebatte...

Frankreich.

Der Normalarbeitstag für Bergarbeiter. Paris, 29. Januar. In der Deputiertenkammer...

Großbritannien.

Die niederländische Vermittlung. — Aus dem Hause der Gemeinen. London, 29. Januar. Ueber den Inhalt der Mitteilung...

Kleine Chronik.

Leipzig, 30. Januar. Theaternachrichten. Im Neuen Theater wird am Freitag die Oper Laule, im Alten Theater...

Behörden ersucht werden, einem holländischen Ausschuss freies Geleit nach Südafrika zu geben...

Die öffentliche Meinung in London ist andauernd leidenschaftlich erregt. Im großen und ganzen steht man der Sache ziemlich feindselig gegenüber...

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Die bürgerliche Presse in Sachsen ist ob des Wahlausfalls in Döbeln in sehr gebückter Stimmung. Der größte Teil der Blätter hat bis jetzt überhaupt noch kein Wort der Erklärung...

Recht kleinlaut ist auch die bündnerische Deutsche Tageszeitung. Sie meint, es sei kaum anzunehmen, daß der 'Brotwucherrummel' den bürgerlichen Parteien viele Wähler entfremdet habe...

Der Wahlsieg in Döbeln-Rohwehn gestaltet sich zu einem so glänzenderen, wenn man die Einzelergebnisse prüft. Dabei ist vor allen Dingen zu bedenken, daß der 10. Wahlkreis...

Am interessantesten sind die Ergebnisse in den Landbezirken wie aus folgender Tabelle ersichtlich ist:

Table with 4 columns: Name, Prof., Nat.-Ab., Sozialdem. Rows include Harta-Balldheim, Döbeln, Göringswalde, Roffen-Siebenlehn, Leisnig, Rohwehn.

Die eingekammerten Ziffern bedeuten die Ergebnisse der Wahl im Jahre 1898. Der extreme Brotwucherer hat also in vier ländlichen Bezirken ganz beträchtlich an Stimmenzahl verloren...

x. Die Arbeitslosigkeit in Dresden und den Vororten.

Am 19. Januar haben die hiesigen organisierten Arbeiter (Partei- und Gewerkschaftsangehörige) eine Arbeitslosenzählung vorgenommen...

Von den 9959 Arbeitslosen waren 5164 verheiratet und hatten 13014 Kinder. Für alle Arbeitslosen waren 95987 arbeitslose Wochen heraus...

Zur Alter bis 21 Jahre waren 1631, bis 30: 3718, bis 40: 2165, bis 50: 1227, bis 60: 743, darüber 350 Arbeitslose. Bekanntlich wurde eine Anregung des Gewerkschaftskartells...

oo. Plauen i. V., 29. Januar. Vor dem hiesigen Landgericht hatte sich heute wiederum ein Lehrer wegen Ueberschreitung des Zuchtigungsrechtes und der Beleidigung seiner Schüler zu verantworten...

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Von dem milden Wetter, das aus dem größten Teile Sachsens berichtet wird und wodurch auch in den niedriger gelegenen Teilen des Erzgebirges Schneeschmelze eingetreten ist...

Gerichtssaal.

Landgericht. Leipzig, 29. Januar. Eine nette Wucherblüte. Auf Veranlassung des Agenten Roon, früher in Leipzig, jetzt in Zürich wohnhaft...

elbständiger Bewegungsfreiheit bedäht. 'Aber nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht', hieß es seinerzeit, in dem Prospekt der Neuen Gemeinschaft...

zwischen dem Buchhändler Malende hier und S. am 4. April 1899 zu stande. S. setzte M. auseinander, daß er das Darlehen zum Ankauf eines Gutes bei Schöndau benötige; im Mai bekame er sein Erbe, 12 000 Mark, ausbezahlt und außerdem besitze er hier zwei Grundstücke, so daß genügende Sicherheit für das Darlehen vorhanden wäre. M. gab S. nun gegen einen Monatswechsel von 1500 Mark ein Darlehen von 12 1/2 Mark, das übrige rechnete er (M.) als Provision und Speise auf. Zur weiteren Sicherheit verlangte er die Eintragung einer Hypothek von 2000 Mark auf eines der Grundstücke S.s, womit dieser sich einverstanden erklärte und am 21. April wurde die Hypothek auch gerichtlich eingetragen. Das zweite Darlehen von 2000 Mk. bestimmte Neumann zwischen Moon und Heilmann am darauffolgenden Tag, dem 5. April. Moon ließ sich von S. für die 2000 Mark einen Monatswechsel über 2500 Mark geben und außerdem mußte S. ein Schriftstück unterschreiben, daß auf sein Erbe noch keine Schulden gemacht seien und bei dessen Auszahlung der Wechsel sofort einzulösen sei. Auch M. gegenüber hat S. von seinen beiden Grundstücken erzählt, obwohl er nur noch von einem nomineller Besitzer war, und daß er das Geld zur Anzahlung des Gutes bei Schöndau, das zu kaufen er in Unterhandlungen stehe, bedürfe. In dem Testamente war die Bestimmung enthalten, daß S. nur die Zinsen von den 12 000 Mark erhalten solle, oder wenn er sein Vllchtteil von 8000 Mark beanspruche, die übrigen 6000 Mark seinen Geschwistern zufallen sollen. S. ließ sich das Vllchtteil Anfang Mai auszahlen und ging mit dieser Summe und den Darlehen zunächst nach Jülich, dann nach Wien und Budapest und kehrte wieder nach Jülich zurück, wo ihn Moon verhaften ließ. Der Zeuge M., der erst kürzlich eine Gefängnisstrafe von 8 Monaten verbüßt hat und gegenwärtig der Beihilfe des Betrugs verdächtig in Untersuchung ist, gibt an, daß er mit Heilmann Wechselgeschäfte gemacht habe. Im Malende habe er nach dem Weggang S.s noch 1126 Mark bezahlt. Auch dem Agenten Moon hat er 535 Mark auf die Schuld S.s gezahlt. Von S. hat der Zeuge eine Forderung von 600 Mark gehabt und diese Summe von ihm am Tage nach der Darlehensgabe Moons erhalten. Zeuge Moon giebt auf Verfragen des Vorsitzenden, ob er früher schon für den Compagnon S.s, für M., Gefälligkeitsaccepte discontiert habe, zu, daß dies etliche Male geschehen sei. Das Testament von der Mutter S.s habe er nicht gesehen; bestimmend für die Vergabe des Darlehens war für ihn, daß S. erklärt habe, er besitze die beiden Grundstücke, bekomme Anfang Mai sein Erbe ausbezahlt und wolle das Geld nur zur Anzahlung des zu kaufenden Gutes. Heilmann behauptet dem Zeugen gegenüber, daß dieser Einsicht in das Testament genommen habe. Zeuge Malende wird, wie die beiden vorhergehenden, nicht vereidigt. Auch er hat für Neumann Gefälligkeitswechsel discontiert. Bei der Unterhandlung am 4. April im grünen Baum habe S. davon gesprochen, daß er das Gut, zu dem viel Goldbestände gehörten, schon gekauft habe. Die Frage des Vorsitzenden wegen Anrechnung der hohen Speise- und Provision, beantwortet der Zeuge dahin, daß diese Beträge zu hoch, sondern bei solchen Geschäften allgemein üblich seien. Das Grundstück, auf dem seine Hypothek eingetragen war, ist kurz nach der Flucht S.s versteigert worden und er erhielt auf seinen Anspruch 556 Mark. Das Testament habe er nicht gesehen, nur gebröckelt habe S. davon. Demgegenüber bleibt der Angeklagte bei seiner Behauptung, daß auch M. das Testament gelesen habe. Zwei weitere Zeugen, der eine davon ist der Gutsbesitzer M., von dem S. das Gut kaufen wollte, befinden, daß in der That Unterhandlungen im März 1899 über den Kauf stattgefunden haben, aber der Kauf nicht perfekt wurde. Das Gericht hielt nach der Beweisaufnahme den Angeklagten des begangenen Betrugs für schuldig und verurteilte ihn unter Milderung der Umstände und unter Anrechnung eines Monats der Untersuchungshaft zu 8 Monaten Gefängnis. In der Urteilsbegründung wurde ausgeführt, daß S. innerhalb der zwei Jahre, die er von hier fort war, sich mit den Gläubigern nicht in Verbindung gesetzt habe, um seine Schulden zu zahlen. Die Vorbiegelung ist auch dadurch erwiesen, daß S. zur fraglichen Zeit nicht mehr Besitzer von zwei Grundstücken war.

Wegen Rückfallbetrugs und schwerer Kundenfalschung stand heute der aus Schlesien gebürtige, vielfach, darunter mit ca. 6 Jahren Zuchthaus, bestrafte Gärtnergehilfe Karl Brüggemann vor der zweiten Strafammer. Im Herbst vergangenen Jahres war er in der Sondereis- und Kunstgärtnerei der Witwe M. hier ausbilsweise beschäftigt. Angeblich, weil er keinen Vorschub erhielt und bares Geld nicht bekam, machte er sich die Kenntnis des Geschäfts zu nutze und schrieb an den Diakon M. in Thonberg einen Brief, in welchem er um Bezahlung der Rechte der für die zur Ausschmückung der Kirche geliehenen Blumen, bat. Er trug den Brief selbst hin, aber dem Diakon kam die Summe von 15,75 Mark für das abgemalige Leihen der Blumen zu hoch und die Sache auch sonst nicht richtig vor. Unterzeichnet war der Brief mit Otto Klein. Es wurde Anzeige erstattet und die Sache gestellte sich für G., weil der straffschärfende Rückfall Anwendung findet, äußerst ungünstig. Unter Milderung der Umstände und der Anrechnung eines Monats der Untersuchungshaft wurde G. zu 10 Monaten Gefängnis und drei Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt. Strafmildernd kam seine Nothlage in Betracht.

Leipzigs Beitrag zu den Kosten der Centralbahnhofsbauten.

Bei den Vorbereitungen über das dem sächsischen Landtage vorliegende Regierungsdekret, die Centralbahnhofsbauten in Leipzig betreffend, war dem Räte unserer Stadt der Wunsch ausgesprochen worden, eine überblickliche Zusammenstellung der von der Stadt Leipzig aus Anlass dieser Bauten aufzubringenden Kosten zu haben. Der Rat hat darauf eine solche Zusammenstellung angefertigt. Die mit der sächsischen und preussischen Eisenbahnverwaltung abgeschlossenen Verträge werden den Stadtverordneten nach zur Mitentscheidung vorgelegt werden. Die in der Kostenzusammenstellung enthaltenen Angaben sind auf Grund vorläufiger Ueberschläge ermittelt, doch nimmt der Rat der Stadt an, damit die oberen Grenzen der von der Stadt zu leistenden Beiträge getroffen zu haben. Bei dem allgemeinen Interesse, das sich für die Centralbahnhofsbauten geltend macht, lassen wir nachstehend die erwähnte Zusammenstellung folgen:

Gegenstand	Kostenbetrag in	
	einzelnen	ganzen
I. Herstellung des Bahnhofsvorplatzes.		
1. Ankauf des Grundstückes Georgiring 19 (Lohmann)		1250 000
Areal- und Gebäudewert		
2. Lagerhof u. Hauptkassengebäude Blicherplatz 8 und Georgiring 17	4 062 000	
Arealwert		
a) Hauptkassengebäude	391 000	
b) Lagerhäuser	549 000	
Gebäudewert		5 002 000
3. Fiskalisches Zollgebäude Georgiring 18	250 000	
Arealwert		
(Beschaffung eines gleichwert. Bauareals)		
Gebäudewert	229 000	
		479 000
4. Ankauf der Grundstücke Georgiring 13 und 14 (Stadt Rom), Wintergartenstr. 3 u. 4 (Wintergarten), Wintergartenstr. 1 (Schwartz), Georgiring 12 u. Wintergartenstr. 2 (Schulze)		2 065 000
Areal- und Gebäudewert		
5. Herstellung der Straßen einschließlich der Schleusen, Gas- und Wasserleitungen, Decken zum Umbau der Straßenbahngeleise, sowie Schaffung der gärtnerischen Anlagen auf dem Bahnhofsvorplatz		1 488 000
Gesamtkosten des Bahnhofsvorplatzes, welche je zur Hälfte für die sächs. u. für die preuss. Bahnverwaltung übernommen werden		
6. Pflanzbaum für die preussische Eisenbahnverwaltung:		10 284 000
Arealbeschaffung zur Verbreiterung der Blicherstraße als Zufahrtsstraße zu dem neuen preussischen Güterbahnhof		670 000
II. Kosten der neuen K- (Kf-) Straße zur Verbindung der nördlich und südlich der neuen Bahnhofsanlage gelegenen Stadtteile, zugleich Zufahrtsstraße zum neuen sächsischen Güterbahnhof und zum Postbahnhof einschließlich der Uebersührungsbrücke.		
1. Arealerwerb		1 381 000
2. Herstellung der Straße einschließlich der Schleusen-, Gas- und Wasserleitungen	696 000	
3. Uebersührungsbrücke	660 000	
		2 737 000
III. Kosten der Verbindungsstraße vom Bismarck Weg bis zur Lindenstraße in Schönefeld (Zufahrtsstraße zum Postbahnhof).		
1. Arealerwerb		291 000
2. Herstellung der Straße einschließlich der Schleusen-, Gas- und Wasserleitungen	185 000	
3. Parkenbrücke	40 000	
		516 000
IV. Umbau der sächsischen Vorplatzschleusen auf dem Centralbahnhofsareal		
V. Umbau bestehender und Herstellung neuer Straßenunter- und Überführungen.		
1. Unterführung des Kirchweges des Schönefeld nach Sellenhausen unter der Linie Leipzig-Dresden		264 000
2. Verbreiterung d. Unterführung d. Wurmer Straße unter der Linie Leipzig-Dresden		99 000
3. Unterführung der Wurmer Straße unter d. neuen Güterlinie Schönefeld-Engelsdorf		50 000
4. Unterführung der Verbindungsstraße von Stüing nach der Wurmer Straße unter der neuen Güterlinie Engelsdorf-Stötteritz		42 000
5. Unterführung der Leipziger Straße in Stüing unter den Linien Leipzig-Eilenburg und Engelsdorf-Stötteritz		114 000
6. Unterführung der Schulstraße in Stüing unter den Linien Leipzig-Eilenburg und Engelsdorf-Stötteritz		72 000
7. Unterführung der Gartenstraße in L. Sellenhausen unter den Linien Leipzig-Eilenburg und Engelsdorf-Stötteritz		98 000
8. Unterführung des Weges von Anger-Crottendorf nach Stötteritz unter der Linie Leipzig-Hof		158 000
9. Unterführung des Weges unter 8 unter der Linie Engelsdorf-Stötteritz		80 000
10. Unterführung der Zweinaundorfer Straße unter der Linie Leipzig-Hof		108 000
11. Unterführung der Zweinaundorfer Straße unter den Linien Engelsdorf-Stötteritz und Leipzig-Eilenburg		122 000
12. Verbreiterung der Uebersührung der Reichenbäcker Straße über die Linie Leipzig-Hof		168 000
13. Unterführung des Schönaauer Weges unter der Linie PK in L. Klein-Ischendorf		60 000
14. Uebersührung der Ringstraße in L. Klein-Ischendorf über die bestehende und die neue Linie Magwitz-Gaschwitz		88 000
15. Unterführung der Ringstraße in L. Klein-Ischendorf unter der Linie Mippach-Bolesna		86 000
16. Unterführung der Ringstraße in L. Klein-Ischendorf unter der Linie Leipzig-Beth		78 000
17. Verbreiterung der Unterführung der Karl Felde-Straße in L. Magwitz unter der Linie Leipzig-Beth		168 000
18. Unterführung der verlängerten Luisenstraße in L. Gohlis unter der Linie Leipzig-Magdeburg		192 000
19. Uebersührung der verlängerten Luisenstraße über die Thüringer Bahnlinie		112 000
20. Uebersührung der Breitenfelder Straße in L. Gohlis über die Thüringer Bahnlinie		212 000
21. Uebersührung der Lindenhaler Straße in L. Gohlis über die Thüringer Bahnlinie		180 000
22. Uebersührung der Friedrich-Karl-Straße in L. Gohlis über die Thüringer Bahnlinie		201 000
23. Unterführung der Kaiser-Friedrich-Straße unter der Thüringer Linie und der Linie Leipzig-Magdeburg		24 000
24. Uebersührung der Delsbacher Straße an der bestehenden Unterführung unter der Thüringer Linie		25 000
25. Unterführung der Berliner Straße unter dem Centralbahnhof		80 000
26. Unterführung zweier Weidwege in der Burggasse unter der Linie Leipzig-Bolesna		46 000
Summa		17 250 000

Der Gesamtbeitrag der Stadt Leipzig zum Bau des Centralbahnhofs beträgt sich danach auf 17 250 000 Mk.; davon entfallen 9 030 000 Mk. für die sächsische und 7 320 000 Mk. für die preussische Bahnverwaltung.

Gemeinde-Zeitung.

Aus dem Stadtverordneten-Saale.

Sitzung vom 29. Januar 1902.

Ein Vertrag über Arealerwerb und Areal-austausch von und mit Röhings Terraingesellschaft war von den Stadtverordneten abgelehnt worden, weil der dem Abkommen zu Grunde gelegte Einheitspreis von 17,50 Mk. pro Quadratmeter zu hoch erschien. Dem Räte war aber die Ermächtigung erteilt worden, den Vertrag zu vollziehen, sofern die genannte Terraingesellschaft mit einer Preisermäßigung auf 15 Mk. pro Quadratmeter einverstanden sei. Der Rat teilt nun mit, daß dieses Einverständnis neuerdings erklärt worden ist.

In Sachen der Umsatzsteuerfrage hat der Rat beschloffen, vor Einleitung weiterer Schritte zunächst die von der sächsischen Regierung in Aussicht gestellte Denkschrift über die Umsatzsteuer abzuwarten. Ein weiteres Rats Schreiben, mit dem zugleich eine Zusammenstellung der von der Stadt zum Centralbahnhofsbaue beizutragenden Kosten im Gesamtbetrage von 17 1/4 Millionen Mark überreicht wird, teilt mit, daß die mit den Bahnverwaltungen abgeschlossenen Verträge und die Pläne für die zu errichtenden Anlagen den Stadtverordneten demnächst zur Zustimmung vorgelegt werden würden.

Gegen eine Vereinbarung mit der Kircheninspektion Leipzig I über Festsetzung des Beitrags der städtischen Grundstücke zu den Kirchenbedürfnissen stimmen 13 Hausbesitzerpartei. Das Abkommen gilt für 10 Jahre. Die Stadt kommt auf Grund des Vertrages bei Leistung der dinglichen Kirchensteuern erheblich besser weg, als wenn diese Steuern nach dem sonst gültigen Regularis entrichtet würden. Stadtv. Röhling hatte ausgeführt, er könne nicht gut heißen, daß die Stadt zum Schaden der privaten Hausbesitzer besser gestellt werden solle. Auch hier müsse die Berechtigtigkeit oberster Grundsatze bleiben.

Bei den Ratsmitteilungen, wonach das Konfistorium den von den Stadtverordneten gegen die Einführung der elektrischen Beleuchtung in der Peterskirche erhobenen Einspruch zurückgewiesen habe, wird debatteloses Verhütung gefast.

Für Anschaffung zweier neuer Schränke für das Stadtmuseum werden 2680 Mk. bewilligt. Die Frage, ob die Schränke nicht auch in Leipzig angefertigt werden könnten, hatte Bürgermeister Dr. Dietrich dahin beantwortet, daß es sich um eine Specialität handle, die seines Wissens nur von einer auswärtigen Firma geliefert werde.

Die Conten Kasernen und Quartieramt des Haushaltsplans für 1902 werden gegen die Stimmen der Sozialdemokraten genehmigt. Die Conten Lagerhof und Sparkasse und Leihkasse werden einstimmig genehmigt. Bei letzterem Conto wünscht Stadtverordneter Pömmel, daß bei der Auszahlung der von der Sparkasse abzuhelbenden Gelder ein etwas flotteres Tempo eintritt.

Bürgermeister Dr. Dietrich: Der Rat sei bemüht, dafür zu sorgen, daß die Sparkassengeschäfte sich möglichst glatt abwickeln; zu gewissen Zeiten trete aber ein riesiger Andrang des Publikums ein, so daß längeres Warten nötig werde. Für diese Perioden das Personal zu vermehren, gehe nicht an, da die Beamten gut eingearbeitet sein müßten, wenn sie die Geschäfte nicht noch mehr aufhalten sollten. Eine gewisse Abhilfe könne das Publikum eintreten lassen, wenn es vermeide, die Sparkassier nur lediglich zum Zinsenschreiben vorzuliegen. Diese Zufahrt sowohl als auch ihre Verzinsung erfolge wiewohl, auch wenn die Bücher nicht im Januar vorgelegt würden.

Stadtrat Esche fügt dem noch den Wunsch hinzu, daß das Publikum die in den verschiedenen Stadtteilen befindlichen Zweigstellen für Einzahlungen benutzen möge, so daß sich der Andrang bei der Centrale mindere.

Stadtv. Röhling wünscht, daß die Einzahlungen auf ein und dasselbe Sparbuch bis zu einem höheren Maximalbetrag als 1500 Mk. gestattet würden.

Bürgermeister Dr. Dietrich: Der Rat habe auch dies schon erwogen, doch sei der Maximalbetrag von 1500 Mk. für kleine Sparer als genügend angesehen worden. Diejenigen, die höhere Beträge einzahlen wollten, benutzen nur den jeweiligen Geldstand und kämen zur Sparkasse, wenn die Verzinsung bei den Banken eine niedrigere sei. An solchem Gelde liege der Sparkassenverwaltung gar nichts, denn es würde sofort wieder zurückgezogen, wenn die Verzinsung bei den Banken wieder höher sei als bei der Sparkasse.

Stadtv. Hugo Senferrth regt an, daß in die Leihhausordnung eine Bestimmung aufgenommen werde, wonach nur immer eine Uhr auf einmal verpfändet werden dürfe. Es sei ihm zwar bekannt, daß in dieser Weise bereits jetzt so verfahren werde, es fehle aber doch an einer direkten Bestimmung, die auf alle Fälle zu diesem Verhalten zwingt.

Stadtv. Landgerichtsdirktor Siegel regt an, die einzelnen Einzahlungsstellen der Sparkasse auch zur Rückzahlung von Spareinlagen zu benutzen.

Stadtv. Esche erhebt hiergegen aus Gründen der Durchführung Bedenken.

Stadtv. Böhmke: Wenn er als bekannter Stadtverordneter zur Sparkasse komme, so werde er schneller bedient, seinen Kindern aber sei es passiert, daß sie zwei Stunden hätten warten müssen. Er regt an, es in Rapidarschrift bekannt zu machen, daß das Recht der Zinsen nicht alljährlich zu erfolgen brauche.

Damit schließt die Diskussion.

Das Conto Brunnenwesen wurde genehmigt. Hierauf wurde beschloffen, die auf dem Grundstück Zweinaundorfer Straße 17 in Anger-Crottendorf befindlichen Baulichkeiten nach dem 1. April d. J. abzubauen. Bei der Feststellung des Bauungsplans und dem Entwurf eines Ortsgebietes über die Bebauung der Ortsteile von Anger-Crottendorf und Reudnitz wird beantragt, die Zweinaundorfer Straße nach Norden zu von der Martinstraße bis an die Verbindungsbahn auf 17 Meter zu verbreitern. Im übrigen wird der Ratsvorlage zugestimmt.

Bei einer ähnlichen Vorlage für die Nordwestborstadt von Leipzig-Mitstadt hatten die Stadtverordneten einige Mitträge gestellt, wonach in ein Gebäude mit mehreren Treppenhäusern mindestens für jedes Treppenhäuser ein

Wohnung im Dachgeschoss eingebaut werden könnte; auch sollte bei Behausung mit Erd- und zwei Obergeschossen an Straßen, die schmaler als 17 Meter sind, der Einbau einer Hausmanswohnung im Dachgeschoss zulässig sein. Wegen diese Anträge hat der Rat remonstriert und der Verwaltungs- und Verfassungsausschuss der Stadtverordneten beantragte nimmere, die erwähnten Anträge fallen zu lassen.

Stadtv. Nüssel wirft die Frage auf, wann diese Ortsgerichte in Kraft treten sollen, worauf ihm vom Stadtrat Dr. Wange man geantwortet wird: Sobald sie erlassen würden. Wie weit die einzelnen Bestimmungen zur Anwendung zu kommen hätten, sei im konkreten Falle zu entscheiden.

Stadtv. Nüssel: Danach siche die Entscheidung bei dem Dezernenten oder dem Kommissar der Baupolizei. Diese Herren seien so in der Lage, mit dem Privateigentum einzelner Personen in ziemlich rigoroser Weise umzugehen; so auch in der Beschränkung der Dachwohnungen, die auf alle Fälle notwendig seien, sogar im Zukunftsstaate. Bei der Ausarbeitung des sächsischen Baugesetzes sei nicht davon ausgegangen worden, die Dachwohnungen zu verbieten. In Leipzig würden in Zukunft aber nur noch drei Obergeschosse gestattet, höchstens könne noch der Erbbländlingschaftliche Kreditverein und die Leipziger Feuerversicherungs-Gesellschaft höher bauen.

Stadtrat Dr. Wange man: Der Vorredner hätte sich kürzer fassen können, wenn er das Ortsgesetz richtig verstanden hätte. Dachwohnungen seien keineswegs verboten; nur werde bestimmt, daß nicht höher gebaut werde als die Straße breit sei. Wenn man dabei weniger zu Dachwohnungen spinnne, so liege das daran, daß der gerade Ausbau des obersten Geschosses für vorteilhafter gelte.

Stadtv. Nüssel erwidert, daß er die Bedürfnisse der kleinen Leute wahrscheinlich besser verstehe als Stadtrat Wange man.

Der Anschubantrag, die früher gestellten Anträge fallen zu lassen, wird darauf angenommen.

Für Anlegung zweier Spielplätze in Leipzig-Neudamm werden 3918 Mk. veranschlagt, für Pflanzung einer Straße der Straße O in Eutritzsch mit Bäumen 300 Mk.

29 Quadratmeter Vorgärten vor dem Grundstück Nr. 12 in der Bütscher Straße werden für 10 Mk. pro Quadratmeter zu Lasten des Stadterweiterungsfonds erworben.

Der Annahme des mit einer Auflage verbundenen Vermächtnisses des Oekonomenschmidt im Betrage von 3000 Mk. wird zugestimmt.

Die Eingabe des Hausbesitzervereins L.-Schleuzig um Erbauung einer Bürgerschule oder Einrichtung von Bürgerchulklassen dafelbst wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten dem Räte zur Kenntnisnahme überwiesen.

Zur Angelegenheit des Schularztes Dr. Donath liegt das Ergebnis der vom Räte angestellten Untersuchung vor. Der Schuldirektor Dr. Fiegner bekundet, der durch einen Beinbruch verunglückte Knabe sei von zwei Lehrern in das Direktorszimmer getragen und dort auf einem Tisch niedergelegt worden. Der benachrichtigte Schularzt erschien nach 15 Minuten und ordnete an, daß der Knabe auf das Sopha gelegt würde. Als der Bruch festgestellt, sei die Mutter des Knaben benachrichtigt und aufgefordert worden, mit einem Kinderwagen und Kissen zur Schule zu kommen. Sie erschien nach etwa 1/2 Stunde. Auf die Frage des Direktors, ob ein Verband nötig sei, antwortete der Schularzt, daß der Verband nicht gerade notwendig sei, jedoch unter den obwaltenden Umständen wünschenswert sei. Er (der Schularzt) sei auf Grund seiner Anweisungen zur Anlegung des Verbandes nicht verpflichtet, er werde es aber thun, wenn ihm Bezahlung dafür garantiert werde. Die Mutter des Knaben habe auf die wiederholte Frage, ob sie Zahlung leisten wolle, entweder gar nicht oder ausweichend geantwortet und schließlich die Bezahlung abgelehnt. Die Mutter habe darauf den Knaben in dem mitgebrachten Wagen ohne vorherige Anlegung eines Verbandes fortgeführt. — Aus einem Gutachten des Bezirksarztes Dr. Siegel geht hervor, daß der verunglückte Knabe am Abend des folgenden Tages im Krankenhaus in der Markose in einen Streckverband und später in einen Gipsverband gelegt worden sei und daß das Bein mit einer Verkürzung um 1 Centimeter normal geheilt sei. Die Verkürzung des Beines werde durch entsprechende Bedenstellung ausgeglichen. — Der Referent des Schulausschusses bemerkt hierzu, es stehe also die Thatsache fest, daß der Schularzt einen Verband nicht angelegt habe, obwohl er selbst einen solchen als wünschenswert bezeichnet habe. Der Rat habe das Ergebnis der Untersuchung zum Anlaß genommen, dem Schularzt Dr. Donath zu kündigen. Der Schulausschuss habe hierin eine Verwaltungsmahregel erblickt, über die zu entscheiden lediglich dem Räte zustehe. In eine materielle Erörterung der Sache habe sich der Schulausschuss nicht eingelassen; er beantrage, bei der Mitteilung des Rates einfach Verurteilung zu fassen.

Stadtv. Lange: Die Thatsache an sich sei nach dem günstigen Verlauf der Heilung des betr. Knaben nicht allzu bedeutend; bedeutend wurde der Fall erst durch die Veranlassung und Verschönigung. In der Sitzung vom 17. Juli sei ihm der Vorwurf der Feigheit, der Uebertriebung und Aufhäufung, des Hasses gegen den ärztlichen Stand, der Unrichtigkeit in der öffentlichen Darstellung u. dergleichen worden. Da er verhindert gewesen, an jener Sitzung teilzunehmen, habe er erst heute Gelegenheit, sich gegen die Unterschlebung falscher Motive zu wenden. Es ist ja ein alter Trick: Wenn man sachlich gegen die Ausführungen der Sozialdemokraten nichts vorbringen könne, die politische Anschauung zum Zwecke der Verdächtigung auszuweihen. Auf die Einzelheiten des amtlichen Berichts brauche er nicht einzugehen; sie sind nur eine Bestätigung seiner früheren Ausführungen. Am 26. April war der Vorfall; am 27. April sei ihm von absolut zuverlässiger Seite davon Mitteilung geworden. Er habe zunächst nur dem Dezernenten des Schulwesens davon privatim Mitteilung gemacht und damit die Sache für erledigt gehalten. Sechs Wochen nach dem Vorfall habe er erfahren, daß der ärztliche Bezirksverein Leipzig-Band dem Vater des Knaben einen Brief geschrieben, worin 20 Mk. verlangt wurden. Auf sein Einfluchen habe er Einblick in den Brief erhalten. Er lautete:

Herrn X. Nachdem die Voruntersuchung in Ihrer gegen Herrn Dr. Donath in L.-Eutritzsch bei dem Ehrenrat des Bezirksvereins L.-Band eingebrachten Beschwerde beendet ist und ergeben hat, daß

das schließliche Urteil des Ehrenrats möglicherweise nicht so ausfallen wird, wie Sie es erwarten, so erlaube ich Sie, falls Sie auch jetzt noch auf einer Entscheidung des Ehrenrats beharren, nicht vielmehr es vorzuziehen, die Angelegenheit dem zuständigen Schulausschuss zu überweisen, um Einsetzung eines Vorschusses von 20 (zwanzig) Mark zur Bestreitung der Kosten des Verfahrens.

Sollte ich bis zum 20. Juni a. c. diesen Betrag nicht erhalten haben, so nehme ich an, daß Sie die Beschwerde beim Ehrenrat zurückziehen.

Dr. J. Hofmann, Wäkern.

Erst darauf hin habe sich der Redner (Stadtv. Lange) veranlaßt gesehen, seinen Antrag vom 26. Juni zu stellen, um vorzubeugen, daß sich solche Vorfälle unter einem Schein von Recht wiederholen könnten. Was er zurückzunehmen habe, thue er offen und frei. Nicht auf der Erde, sondern auf ein Sofa habe der Knabe über eine Stunde im Beisein des Schularztes ohne den wünschenswerten Verband gelegen, weil vor dem Verbinden die Honorarfrage mit der Mutter geregelt werden sollte. In dem Kern der Sache ändere das nichts! Ein Verhalten: Erst das Geschäft, das Geld; dann der Samariterdienst ist! Ist nicht deutsch, sei nicht christlich. Ob das ehrenhaft sei? Hätte einer seiner Standesgenossen, ein Leipziger Arbeiter, so gehandelt, er schämte sich dessen. In einer Erklärung der Vorstände beider Bezirksvereine wird nun ein großes Gebot auf die vom Schularzt angeordnete Legung des gebrochenen Beines gelegt. Ein Verbrechen wäre es gewesen, wenn das nicht geschehen sei nach konstatiertem Oberschenkelbruch; das hätte jeder im Samariterdienst ausgebildete Schutzmänn oder Arbeiter auch thun müssen. Die Erklärung habe aber auch noch eine Lücke. Zwischen der Lagerung in der Schule und im Krankenhaus, die erst am folgenden Tage gegen Abend erfolgte, liegt die Thätigkeit des Herrn Sanitätsrats Dr. Wünsche, der sofort, nachdem er zugezogen, einen Verband angelegt hat. Jedenfalls ist es ein Lindung, daß die Stadt 22000 Mk. für Samariterwagen und dergl. jährlich ausgiebt, um eventl. auch Nachtschwärmer die verunsicherten Köpfe zu verbinden und ein harmloses Kind lasse man liegen, weil es keinen Mebers bei sich habe: „Vater zahlt alles!“ Bedinglich im Interesse unserer Schulen und Schüler sei sein Antrag gestellt worden. Alle anderen Motive wies er zurück. Der Haß der Sozialdemokraten gegen die Ärzte sei eine Mythe. Der weitaus größte Teil der Leipziger Arbeiter bestche aus Sozialdemokraten. Arbeiterchaft und Ärzte sind aber häufig auf einander angewiesen. Miebe die betr. Neuherung des Herrn Dr. Werner hier unabweisbar, würde das ein geistliches Verhältnis zwischen Ärzten und Arbeitern nicht fördern. Wir achten jede geistige Thätigkeit, besonders die der Ärzte, die aus täglicher Erfahrung Mut und Glend der breiten Massen kennen und darum vielfach ein Verständnis für unsere Bestrebungen haben. Es sei etwas schönes um die Solidarität, um den Corpsgeist. Der ärztliche Stand, ausgerüstet mit geistlichen Nachtmitteln zur Wahrung seiner Interessen, sollte aber bei Benutzung dieser Mittel doch vorsichtiger sein. Die Sperrung der Schularztstelle seitens der Bezirksvereine begreift niemand. Denn die Kündigung des Schularztes war nach diesen Vorgängen eine Notwendigkeit.

Stadtv. Dr. med. Werner: Man möge es ihm nicht zu hart anrechnen, daß er seine früheren Angriffe in Abwesenheit des Herrn Lange erhoben. Er habe in jener Sitzung das menschenfreundliche, aber nicht ärztefreundliche Gesicht des Herrn Bollender gesehen, der ja die Sache des Herrn Lange auch ganz gut vertreten habe. An der Sache des Dr. Donath sei er persönlich gar nicht interessiert; er hätte diesen nur als Leipziger Bürger zu Worte kommen lassen wollen. Er würde auch so gehandelt haben, wenn es sich um einen sozialdemokratischen Arzt gehandelt hätte, falls es da notwendig gewesen wäre. Mit dem Ergebnis der Untersuchung könne er sehr zufrieden sein. Die frühere Behauptung, der Knabe habe eine Stunde lang auf dem Schulhofs gelegen, und das Verschweigen des Umstandes, daß die Mutter ihren Knaben in einem Kinderwagen fortgeführt habe, seien als erbitternde sozialdemokratische Fälschungen erwiesen. Gerade die Sozialdemokraten hätten Ursache, das schularztliche Institut zu schonen. Dr. Donath empfinde seine Kündigung und Entlassung als eine Vergewaltigung; er habe deshalb auch bereits bei der vorgesetzten Behörde Beschwerde eingelegt, die bis zum Ministerium verlagert werden würde. Im übrigen fabulierten der Redner von sozialdemokratischen Agitationsreden gegen den Vrotwacher im Preise von 12—15 Mark.

Stadtv. Bollender: Er brauche nach dieser Rede nicht viel Worte zu verlieren. Das ganze Kollegium werde wohl mit ihm unter dem Eindruck gestanden haben, daß sich der Vorredner an Nebenächlichkeiten Kammere, um den Kern der Sache aber herumgehe, wie dieslage um den heißen Brei. Es handle sich um die Frage, ob es zu billigen oder zu verurteilten sei, daß ein Schularzt an einem in der Schule verunglückten Knaben den wünschenswerten Verband abhängig mache von der Bezahlung. Wenn Schonung des schularztlichen Instituts verlangt werde, so müsse er betonen, daß die Eltern das Vertrauen haben müssen, daß ihre Kinder in der Schule gut aufgehoben seien. Wenn jemand das Ansehen des schularztlichen Instituts geschädigt habe, so sei das Herr Dr. Donath, der es bis auf die Knochen bloßgestellt und diskreditiert habe. Kein anständiger Mensch könne die unter solchen Umständen erfolgte Entlassung eines Schularztes für ungerechtfertigt ansehen, höchstens diejenigen Ärzte, die unter allen Umständen der bekannten Devisen folgten: Geld, Geld ist die Hauptsache! Bürgermeister Dr. Dittrich legt entschiedene Verwahrung dagegen ein, daß die Entlassung Dr. Donaths als eine Vergewaltigung bezeichnet worden sei. Es habe sich um ein Vertragsverhältnis wie jedes andere gehandelt. Mit der Anstellung als Schularzt werde der Arzt doch kein Beamter. Jedenfalls könne der Rat dem Ergebnis der eingereichten Beschwerde mit größter Ruhe entgegensehen. Im übrigen habe sich für den Rat die Sache erledigt, da Herrn Dr. Donath bereits ein Nachfolger gegeben sei.

Damit schließt die Debatte. Der Anschubantrag, bei der Mitteilung des Rates Verurteilung zu fassen, wird angenommen. Einem Abkommen mit der Universität, wonach die Leipziger Herzog-Gelegenheit erhalten, in dem neu zu errichtenden pathologisch-anatomischen Institute zu diagnostischen Zwecken pathologische Präparate und sonstige Aufschreibungen unterzucht zu lassen, finden einstimmige Genehmigung. Nur wird in dem Vertrage die präzisere Fassung einer Stelle beantragt, wonach

die Stadt die durch die Gebühren ungedeckt bleibenden Kosten bis zum Betrage von jährlich 15000 Mk. übernimmt.

Schließlich wurde noch die Errichtung einer eigenen Fernsprechanlage im Krankenhaus mit einem Aufwand von 15000 Mk. genehmigt.

Es folgte noch eine kurze nichtöffentliche Sitzung.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 30. Januar.

Achtung, Fabrikarbeiter! In der Magdeburger Buntpapierfabrik, vorm. Reuer u. Comp., haben vier organisierte Arbeiter wegen schlechter Behandlung die Kündigung eingereicht. Die Firma sucht nun durch andere Arbeiter die freiverdenden Plätze zu besetzen. Die Kollegen werden ersucht, von den vorliegenden Differenzen Notiz zu nehmen.
Der Vertrauensmann der Fabrikarbeiter.

Für die Beschäftigung von Arbeitslosen hat der Rat der Stadt weitere Abgrabungen in der Thonberger Sandgrube genehmigt und die erforderlichen Mittel bewilligt.

Der Verein für erwerbslose Blinde hält nächsten Sonntag abends 7/9 Uhr im Saale Taucher Straße 6 bezw. Marienstraße 7 einen öffentlichen Vortragabend ab, an dem das Thema: „Der Blinde im Erwerbsleben“ behandelt werden soll. In dem Vortrage soll darauf hingewiesen werden, mit welchem Erfolge Blinde die von ihnen erworbenen Fähigkeiten praktisch verwerten können.

Zum Treberprozeß. Die Strafkammer in Kassel beschloß, in dem Strafprozeß gegen die Aufsichtsräte der Treberertröcknungs-Gesellschaft den Generaldirektor Schmidt als Zeugen zu vernehmen, wenn er bis dahin von Frankreich ausgeliefert worden ist.

Das Reichsgericht der 24. Division verurteilte den Kanonier der Landwehr Alois Hill, in Borna wohnhaft, aus Ostpreußen gebürtig, zu 3 Monaten 1 Woche Gefängnis, weil er seine Order zu einer 14tägigen Übung zerrißen hatte und derselben nicht nachgegeben war.

Vom Reichsgericht. Der Geheime Justizrat Mecke, der dem Reichsgericht seit dessen Bestehen als Rechtsanwält angehörte, ist gestern hier gestorben.

Leipziger Hypothekbank. In der am gestrigen Nachmittage abgehaltenen Sitzung des Aufsichtsrates der Leipziger Hypothekbank wurde der Geschäftsabschluss für das verflossene Jahr vorgelegt. Ohne Verlicktung des Verlustes, der an der Forderung der Hypothekbank an die Leipziger Bank eintritt, beläuft sich der Gewinnüberschuss auf 804626 Mk. einschließlich des Vortrags von 101218.92 Mk. aus dem Jahre 1900. Der Aufsichtsrat beschloß, auf die Forderung an die Leipziger Bank in Höhe von 2136145.71 Mk. 40 Prozent, das sind 854458.28 Mk. abzuschreiben und für diese Abschreibung den Special-Reservfonds II mit 250000 Mk. voll heranzuziehen. Mit dieser Abschreibung erscheint der Verlust bei der Leipziger Bank völlig ausgeglichen, da man allgemein mit einer Konkursdividende von 60 bis 65 Prozent für die Gläubiger rechnet. Der Gewinn des begonnenen Jahres 1902 wird also den Aktionären zu gute kommen und für weitere Abschreibungen nicht gebraucht werden. Die vorhandenen gesetzlichen und satzungsgemäßen Reservfonds in Höhe von 1656962.79 Mk. sind unberührt geblieben. Nach Abschreibung von 40 Prozent auf die Forderung an die Leipziger Bank und nach Ueberweisung der statutenmäßigen Rücklage an den Special-Reservfonds I mit 39670.35 Mk. bleiben zur Verteilung an die Aktionäre 250497.37 Mk. übrig, wovon 3 Prozent Dividende auf das dividendenberechtigte Aktienkapital von 7500000 Mk. verteilt und der Rest von 25497.37 Mk. auf neue Rechnung vorgetragen werden soll.

Zur Angestaltung des Thomaskirchhofs. Der Kirchenvorstand von St. Thomae hat sich mit den Beschüssen des Rats und der Stadtverordneten bezüglich des Neubaus der Superintendentur und des Diakonenhause einverstanden erklärt, jedoch die Herstellung eines Verbindungsganges zwischen der Kirche und dem neuen Superintendenturgebäude abgesehen. Der Rat hat beschlossen, auch seinerseits von diesem Verbindungsgange abzusehen und die Stadtverordneten um Zustimmung hierzu zu ersuchen.

Unfall. In der Ferdinand Rhode-Straße stürzte gestern nachmittag der 27 Jahre alte Gärtnere Schenk beim Beschneiden eines Straßenbaumes aus einer Höhe von 5 Metern auf die Straße hinab, wobei der bedauerndwerte Mann eine Gehirnerschütterung davongetragen hat. Der Verunglückte wurde mittels Krankewagens in das Krankenhaus gebracht.

Raubmord. In Teplitz ist nach einer amtlichen Mitteilung von dort am 25. d. M. ein Raubmord verübt worden, wobei dem Mörder 1854 Kronen in die Hände gefallen sind. Dieser That dringend verdächtig ist der 30 Jahre alte Schlosser Leopold Gonnemichel aus Chodskitz im Bezirke Leitmeritz, der zuletzt in Silberhof bei Teplitz gewohnt hat. Der Genannte ist flüchtig und hat in Eger österreichisches Geld gegen deutsches eingewechselt. Er ist von großer schlanker Gestalt, hat stark-knochiges, schmales Gesicht, dunkles Haar, dunkelblonden Schnurrbart und trägt auf der Brust und beiden Armen Tätowierungen. Eine Photographie Gonnemichels liegt in der Kriminalabteilung des Leipziger Polizeiamts zur Ansicht aus.

Leine Polzeinrichtungen. Einen ungewöhnlich breiten Diebstahl beging am Dienstag nachmittag ein unbekannter Mensch in dem Laden eines Schuhwarenhändlers in der Pegauer Straße zu L.-Gonnemitz. Der Dieb nahm vor den Augen des Ladeneinhabers ein Paar Gummischuhe und eine Kneipzange weg und ergriff damit die Flucht. Der Unbekannte ist etwa 26 Jahre alt und von kräftiger Gestalt.

In L.-Lindenau sind von einer Feldheune an der Bütscher Straße innerhalb der letzten acht Tage 7 1/2 Meter Kupferdraht der Bihabteilungsanlage im Werte von 60 Mk. gestohlen worden. Von einem Kollwagen wurde eine Kiste mit Marzipanmasse gestohlen.

Durch einen Einbruch diebstahl wurden vergangene Nacht aus einem Laden der Karl-Feine-Straße in L.-Magwitz etwa 1000 Stück Zigaretten und 450 Zigarren verschiedener Marken gestohlen.

Am Augustusplatz wurde gestern vormittag eine Handbelsfrau von einem Radfahrer ungerissen, anscheinend aber nicht verletzt. Der unvorsichtige Fahrer, der übrigens kein Glockenzeichen abgegeben hatte, ist angezeigt worden.

In der Grimmischen Straße wurde gestern vormittag ein Chemigraph von schweren Krämpfen befallen. Man brachte den Erkrankten nach der Sanitätswache.

Reichstag.

129. Sitzung. Mittwoch den 20. Januar 1902, 1 Uhr.

Im Bundesratlich: Niemand.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Antrag Wassermann (nat.-lib.) betr.

Vorlegung eines Gesetzentwurfes wegen Einführung besonderer Gerichte für Rechtsfreitigkeiten

aus dem kaufmännischen Dienstvertrag.
Abg. Wassermann (nat.-lib.): Ueber die Notwendigkeit der Einführung besonderer kaufmännischer Schiedsgerichte herrscht allgemeine Übereinstimmung. Während der Antrag Raab die Angelegenheit dieser Schiedsgerichte an die Gewerbegerichte will, verlangt mein Antrag Anschließ an die Amtsgerichte.

Abg. Giese (Centr.) ist für die Ueberweisung des Antrags an eine Kommission.

Abg. Rosenow (Soz.): Auch wir sind für eine Ueberweisung an eine Kommission, in der man ja später auch die Vorlage der Regierung beraten kann.

Abg. Gennig (Soz.): Wir sind im Prinzip für den Antrag Wassermann.

Abg. Biele (frei. Bp.) ist für Anschließ an die Gewerbegerichte und Ueberweisung des Antrags an eine Kommission von 14 Mitgliedern.

Das Haus beschließt hierauf die Ueberweisung des Antrags an eine Kommission von 14 Mitgliedern.

Es folgt die Beratung des vom Abg. Rickert (frei. Bp.) eingebrachten Gesetzentwurfes betr. Sicherung des Wahlschweigens in Verbindung mit dem Antrag Graber (Centr.) betr. Abänderung des Wahlschweigens für den deutschen Reichstag.

Abg. Dr. Barth (frei. Bp.): Das einzige Hindernis, weshalb unser Antrag noch nicht Gesetz geworden ist, liegt im Bundesrat. Ich kann mir aber nicht denken, daß dem Bundesrat die Voraussetzung des politischen Bewusstseins, um die es sich hier handelt, unbekannt geblieben ist.

Abg. Rickert (frei. Bp.): Die beiden Anträge sind identisch. Ich bitte, unseren Antrag einstimmig anzunehmen und eine Kommissionsberatung abzuschließen.

Abg. v. Tiedemann (Reichsp.) verliest Stellen aus der Rede Bublthorst vom 28. März 1897, die Bedenken gegen das geheime Wahlrecht enthält.

Abg. v. Komierowski (Pole) schließt sich den Ausführungen des Abg. Rickert an.

Abg. Wassermann (nat.-lib.): Wir sind für die geheime Stimmenabgabe. Eine Kommissionsberatung halten wir für überflüssig und bitten um möglichst einstimmige Annahme der beiden Anträge.

Abg. Kuer (Soz.): Wenn bloß stilistische Mängel die Ursache für den Antrag des Herrn v. Tiedemann wären, dann wäre es richtiger, den Antrag einem Schullehrerkollegium zu überweisen.

Herr v. Tiedemann meinte, der Vorschlag, einen besonderen Ausschuss für die Wähler einzurichten, habe einen etwas komischen Charakter. Es ist aber eine sehr ernste Sache, daß abhängige Leute verbindlich werden, nach ihrer Ueberzeugung zu wählen.

Weiter behauptet man, es solle in den Wahllokalen ein Raum für einen Verwalter fehlen.

Der Wahl des Abg. Wölz in Stolp wird aber verschiedentlich angeführt, daß man die Wähler in der Weise kontrollierte, daß man sie von einem Klassenleiter aus genau verfolgte.

Diebstahl festgenommen worden. Das war unwahr; die Wahl wurde auch vom Reichstag kassiert und Kuncert mit großer Majorität gewählt.

Abg. Dr. v. Beseckow (kons.): Wir verwerfen nach wie vor den Antrag Wassermann.

Abg. Graf v. Helldorf (frei. Bp.): Der Wähler muß seine Stimme ganz ungeteilt abgeben können.

Abg. Schuler (frei. Bp.) hervor, daß der anwesende Regierungsvorsteher geschwiegen habe; damit mache sich die Regierung zum Mitschuldigenden am dem Unfug.

Der Antrag von Tiedemann auf Kommissionsberatung wird gegen die Stimmen der Konservativen abgelehnt.

Hierauf tritt das Haus in die zweite Lesung des Antrags Dr. Lieber (Centr.) und Genossen betreffend die Freiheit der Religionsübung.

§ 1 bestimmt in der Kommissionsfassung: Jedem Reichsangehörigen steht innerhalb des Reichsgebietes volle Freiheit des Religionsbekenntnisses, der Vereinigung in Religionsgemeinschaften, sowie der gemeinsamen häuslichen und öffentlichen Religionsübung zu.

Die Abg. Dr. Fieber und Dr. Sattler (nat.-lib.) beantragen dazu folgenden Zusatzantrag: Der Erlaß von Gesetzen zur Ausübung des vorstehenden Grundsatzes ist bis zum Erlaß eines Reichsgesetzes über Vereins- und Versammlungsrecht Sache der Einzelstaaten.

Abg. Schrader (frei. Bp.): Eine reichsgesetzliche Regelung des § 1 ist durchaus nötig.

Abg. Dr. Fieber (nat.-lib.): Wir können für § 1 nur dann stimmen, wenn auch der Zusatzantrag angenommen wird.

Abg. Graf v. Dönhoff-Benburg (Reichsp.): Wir haben Bedenken gegen den Paragrafen, weil wir darin den Anfang sehen, die Kompetenz des Reiches auf dieses Gebiet auszudehnen.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Der Herr Reichskanzler hat bereits bei der ersten Lesung dieses Entwurfs betont, daß die Regelung der in § 1 enthaltenen Materie den Einzelstaaten vorbehalten ist.

Meine Regierung wird alle berechtigten Wünsche der katholischen Kirche erfüllen.

Abg. Dr. Bagem (Centr.): Die Erklärungen der Regierungsvorsteher bedeuten den Anbruch einer neuen Zeit.

Abg. Kuncert (Soz.): Wir verlangen Trennung der Kirche vom Staat und absolute Freiheit der religiösen Meinungen.

Abg. Schuler (frei. Bp.): Ich habe mit dem Landrat bereits gesprochen.

zwölfte Sitzung der Zolltarifkommission.

(Eigenbericht der Leipziger Volkszeitung.)

Berlin, 29. Januar 1902.

Das ungenügende geht die Obstruktion — würde die Deutsche Tageszeitung und ähnliches Zeitungsgeschwister sagen, wenn Sozialdemokraten Anträge gleicher Art, wie den Kanischen, in der Kommission einbrächten und tagelang darüber debattieren wollten.

Die Lieblingsidee der Agrarier, einen frisch-fröhlichen Zollkrieg mit Amerika einzuführen, wird durch die Anträge, die Ursprungszeugnisse für einführbare Waren verlangen, untrüglich blutigem.

Ein Kuriosum erweckte die Heiterkeit der Kommission. Die Sammelzähler, die ihre Anträge in geheimen Konferenzen herstellten und selbst gedruckte Vorschläge mit der Spitzmarke: Vertraulich — zieren, behaupten, ihr Antrag wolle nur den bestehenden Zustand res. Gebrauch gesetzlich festlegen.

Der Vorklärung, v. Karbors, war anfangs etwas nervös, er verbot dem Abgeordneten Brömel, über eine wegwerfende Handbewegung Heyls während der Rede Brömel zu reden.

Fortsetzung der Debatte über den Antrag Kanig.

Brömel: Heyl zu Herrnsheim meinte gestern, die Stimmung im Lande sei für Reciprocity im Handelsvertr. Die Vorliebe der deutschen Industriellen für dieselbe findet eine Grenze an der langjährigen Ueberlieferung der einzelnen Staaten.

Graf Posadowsky: Ich kann nur die sämtlichen Anträge bedauern; sie haben die größte Verwunderung im Lande hervorgerufen.

Spek: Die neuen Anträge sind wohl mißverstanden; sie sind von der Absicht eingegeben, den jetzt bestehenden Zustand gesetzlich zu fixieren.

Graf Posadowsky: Wir sind ein Land, das in großem Maße Waren ausführen muß.

die ursprüngliche Idee der Agrarier, einen frisch-fröhlichen Zollkrieg mit Amerika einzuführen, wird durch die Anträge, die Ursprungszeugnisse für einführbare Waren verlangen, untrüglich blutigem.

Die Sammelzähler, die ihre Anträge in geheimen Konferenzen herstellten und selbst gedruckte Vorschläge mit der Spitzmarke: Vertraulich — zieren, behaupten, ihr Antrag wolle nur den bestehenden Zustand res. Gebrauch gesetzlich festlegen.

Der Vorklärung, v. Karbors, war anfangs etwas nervös, er verbot dem Abgeordneten Brömel, über eine wegwerfende Handbewegung Heyls während der Rede Brömel zu reden.

Die Sammelzähler, die ihre Anträge in geheimen Konferenzen herstellten und selbst gedruckte Vorschläge mit der Spitzmarke: Vertraulich — zieren, behaupten, ihr Antrag wolle nur den bestehenden Zustand res. Gebrauch gesetzlich festlegen.

Ein Kuriosum erweckte die Heiterkeit der Kommission. Die Sammelzähler, die ihre Anträge in geheimen Konferenzen herstellten und selbst gedruckte Vorschläge mit der Spitzmarke: Vertraulich — zieren, behaupten, ihr Antrag wolle nur den bestehenden Zustand res. Gebrauch gesetzlich festlegen.

Fortsetzung der Debatte über den Antrag Kanig.

Brömel: Heyl zu Herrnsheim meinte gestern, die Stimmung im Lande sei für Reciprocity im Handelsvertr. Die Vorliebe der deutschen Industriellen für dieselbe findet eine Grenze an der langjährigen Ueberlieferung der einzelnen Staaten.

Graf Posadowsky: Ich kann nur die sämtlichen Anträge bedauern; sie haben die größte Verwunderung im Lande hervorgerufen.

Spek: Die neuen Anträge sind wohl mißverstanden; sie sind von der Absicht eingegeben, den jetzt bestehenden Zustand gesetzlich zu fixieren.

Graf Posadowsky: Wir sind ein Land, das in großem Maße Waren ausführen muß.

Spek: Die neuen Anträge sind wohl mißverstanden; sie sind von der Absicht eingegeben, den jetzt bestehenden Zustand gesetzlich zu fixieren.

Graf Posadowsky: Wir sind ein Land, das in großem Maße Waren ausführen muß.

Spek: Die neuen Anträge sind wohl mißverstanden; sie sind von der Absicht eingegeben, den jetzt bestehenden Zustand gesetzlich zu fixieren.

Graf Posadowsky: Wir sind ein Land, das in großem Maße Waren ausführen muß.

Spek: Die neuen Anträge sind wohl mißverstanden; sie sind von der Absicht eingegeben, den jetzt bestehenden Zustand gesetzlich zu fixieren.

Graf Posadowsky: Wir sind ein Land, das in großem Maße Waren ausführen muß.

Spek: Die neuen Anträge sind wohl mißverstanden; sie sind von der Absicht eingegeben, den jetzt bestehenden Zustand gesetzlich zu fixieren.

Graf Posadowsky: Wir sind ein Land, das in großem Maße Waren ausführen muß.

Spek: Die neuen Anträge sind wohl mißverstanden; sie sind von der Absicht eingegeben, den jetzt bestehenden Zustand gesetzlich zu fixieren.

Graf Posadowsky: Wir sind ein Land, das in großem Maße Waren ausführen muß.

Spek: Die neuen Anträge sind wohl mißverstanden; sie sind von der Absicht eingegeben, den jetzt bestehenden Zustand gesetzlich zu fixieren.

Graf Posadowsky: Wir sind ein Land, das in großem Maße Waren ausführen muß.

Spek: Die neuen Anträge sind wohl mißverstanden; sie sind von der Absicht eingegeben, den jetzt bestehenden Zustand gesetzlich zu fixieren.

Graf Posadowsky: Wir sind ein Land, das in großem Maße Waren ausführen muß.

Spek: Die neuen Anträge sind wohl mißverstanden; sie sind von der Absicht eingegeben, den jetzt bestehenden Zustand gesetzlich zu fixieren.

Graf Posadowsky: Wir sind ein Land, das in großem Maße Waren ausführen muß.

Spek: Die neuen Anträge sind wohl mißverstanden; sie sind von der Absicht eingegeben, den jetzt bestehenden Zustand gesetzlich zu fixieren.

angenommen werden und erklärt den Zollverkehr Deutschlands mit einigen Ländern.

Gamp tritt für die Anträge ein und geht auf die detaillierten Ausführungen des Vorredners ein.

Gehemrat Bermuth verteidigt den Bundesrat gegen den Abg. Gamp, der ihm den Vorwurf gemacht habe, als habe er früher seiner Pflicht nicht genügt.

Unterstaatssekretär v. Fischer wendet sich ebenfalls gegen Gamp und erklärt die beregten Verhältnisse, besonders bezüglich des russischen Spriss.

Gehemrat Johannes führt dies noch weiter aus und meint, die Befürchtungen Gamps seien mit Rücksicht auf die gesetzlichen Bestimmungen und die Handhabung durch den Bundesrat unbegründet.

Gamp brüht geschäftsbürokratisch der Regierung seinen Dank für die Erklärungen aus (Bewegung) und wünscht sie wörtlich zu Protokoll gegeben.

Gotheim: Die große Bewegung im Lande ist erklärlich, weil man die Absichten der Antragsteller erkennt. Es ist ein Irrtum, wenn man meint, die Anträge wollten nur einen bestehenden Zustand gesetzlich fixieren.

sieht, ändert an ihrem Charakter nichts. Man will angeblich Reichsprotekt mit Amerika, dazu aber höhere Zölle. Der uns von Graf Pofabowski suggerierte Antrag ändert nichts am bestehenden Zustand. Er ist eigentlich überflüssig, aber, wenn Sie bloß den bestehenden Zustand beibehalten und mit Ihren Anträgen nichts anderes wollen, dann nehmen Sie doch diesen Antrag an.

Graf Schwerin bestrittet, daß der Sammelantrag Retorsionen hervorrufe. Ich kann den Ausführungen des Staatssekretärs nicht folgen, der Antrag Fischbeck, der ihnen Ausdruck giebt, genügt nicht.

Singer: Es ist recht bedauerlich, wenn Anträge so oft geändert, zurückgezogen und wieder aufgenommen werden, daß man beinahe nicht weiß, über was noch beraten wird.

Größtes und Ältestes [6330] Nähmaschinen-Geschäft Deutschlands. Auf der Pariser Weltausstellung wurde den Original-Singer-Maschinen der Grand Prix, der höchste Preis der Ausstellung, zuerkannt.

waren zu verteuern. Und das soll durch Ursprungszeugnisse noch verschärft werden. Wenn die Handelsverhältnisse nicht erschwert werden sollen, was bringen Sie denn diese Anträge ein. Ich wird eben wieder ein neuer Antrag verteilt, das ist doch unheimlich. Man sollte die Herren Antragsteller solange einsperren, bis sie eine Form für ihre Absicht gefunden haben, von der sie dann nicht mehr abgehen. Wir verdröbeln doch nur die Zeit und wer soll denn den Bierwar übersehen. Ihre Absicht kennen wir ja, für sie ist seit Jahren vom Bund der Landwirte die Lärmtrommel geschlagen.

Handelsminister Böcker schließt sich den Ausführungen Pofabowskis an und erwidert, den neu aufgenommenen Antrag Gamp wieder fallen zu lassen. Der neue Antrag Ranly ist ein Rückschritt in die alte Forderung.

Darauf verlegt sich die Kommission. Nächste Sitzung Donnerstags 10 Uhr.

Stuckateure.

Achtung! Die öffentliche Versammlung

Sindet nicht Sonnabend den 1. Februar, sondern morgen Freitag den 31. Januar abends 8 Uhr im Restaurant Gaudith, Czeburgrstraße 84, statt.

Allgemeine Kranken- u. Sterbefälle der Metallarbeiter

Sonnabend den 1. Februar abends 1/9 Uhr Mitglieder-Versammlung im Restaurant National.

Glasarbeiter Leipzigs.

Sonnabend den 1. Februar 1902 Grosses Winter-Vergnügen im Etablissement Coburger Hof, Windmühlente. 9/11

Reparatur-Werkstatt

für Nähmaschinen aller Systeme Singer Co. Nähmasch.-Akt.-Ges. (Frühere Firma: G. Neidlinger) Leipzig, Augustusplatz 1.

Größtes und Ältestes [6330] Nähmaschinen-Geschäft Deutschlands. Auf der Pariser Weltausstellung wurde den Original-Singer-Maschinen der Grand Prix, der höchste Preis der Ausstellung, zuerkannt.

Zur gefl. Beachtung!

Alle von anderen Nähmaschinen-Geschäften unter dem Namen „Singer“ angebotenen Maschinen sind einem unserer älteren Systeme nachgebaut, welches hinter unseren neueren Systemen von Familien-Maschinen in Konstruktion, Leistungsfähigkeit und Dauer weit zurücksteht.

Cigarren, Cigaretten

und Tabak empfiehlt E. Kriebler, E. Plagwitz, Fischersche Straße 50. NB. Abonnements auf die Volkszeitung werden jederzeit entgegen genommen.

R. Becker, Uhrmacher

Leipzig, Ranstädter Steinweg 33.

Uhren, Goldwaren,

nur solide Ware, billige Preise. Ansicht jederzeit ohne Kaufzwang gestattet. Wecker-Uhren v. M. 2.— an, Herron-Remont-Uhr v. M. 5.—, Damen-Remont-Uhr v. M. 10.— an, Regulatoure mit Schlingwerk v. M. 9.— an, Nikolahrkotten v. M.—.25 an, Doubleuhrkotten v. M. 2.50 an. Ringe Broschen Ohringe Armbrüder v. M. 1.— an, v. M. 1.— an, v. M. 1.— an, v. M. 2.— an, Befer der Volkszeitung erhalten 10% Rabatt.

Öffentliche Aufforderung und Bitte!

Donnerstag den 21. Novbr. 1901 früh starb in der Fabrik von Gebr. Bestner, Leipzig, mein Sohn, der Schlosser Ernst Zschornig, nach der Angabe des Arztes am Herzschlag. Nach den Aussagen einiger seiner Arbeitskollegen soll mein Sohn während der Arbeit zusammengebrochen sein. Auch dem Arzte gegenüber schenkt daselbe angegeben worden zu sein, was aber nach den Ermittlungen meinerseits nicht der Wahrheit zu entsprechen scheint, da dem plötzlichen Tode meines Sohnes eine halber, mit einem verheirateten Arbeitskollegen, vorangegangen sein soll; es wolle sogar Personen Kranzwunden am Hals des Gequerten meines Sohnes nach dem Unglücksfälle gesehen haben. Auch die Staatsanwaltschaft hat sich mit dieser Sache schon befaßt, das Verfahren aber eingestellt, wahrscheinlich auf das ärztliche Zeugnis hin. — Um nun allem Verede die Spitze zu brechen und mir auch nicht weiter den Vorwurf machen zu lassen, diese Angelegenheit ununtersucht gelassen zu haben, bitte ich alle diejenigen, die an dem betreffenden Morgen beim Tode meines Sohnes in der Nähe waren und gewillt sind, mir wahrheitsgetreue Angaben zu machen, ihre Abreden abzugeben bei Wilhelm Zschornig, Maurer, E.-Gottwitz, Bornische Straße 39, II.

Gartengeräte.

Sägen, Beile, Hobel Wasserwagen. Spitz- u. Radehacken. Schaufeln und Spaten. Verz. Drahtgestehte. Werkzeuge für Maurer Zimmerer, Tischler, Schlosser. Möbel- und Baubeschläge.

Alwin Richter

Eisenwarenhandlung Raudnitz, Dresden Str. 37 nahe am Rathaus. [791]



Mit dem Versand unseres vorzüglichen

Bockbieres

beginnen wir am 1. Februar.

Hallesche Aktien-Bierbrauerei

Niederlage der Halleschen Aktien-Bierbrauerei: Leipzig, Katzbachstrasse. Telephon 5000.

Monatsgarderobe.

J. Kindermann, Seligschöcher 9, I. am Markt u. Rathaus. Empfiehlt in reicher Auswahl allerfeinste Winter- u. Paletots, komplette Anzüge, alle Facons u. Weiten. Eleg. Brods u. Gesellschaftsanzüge, auch Selbstweife.

Frische Seefische

empfehlen Deutsche Dampfschifferei-Gesellschaft „Nordsee“ Reichsstraße 25. [605]

Briquetts (Marke Prehlitz).

1 Centner ab Lager M. —.65
100 Stück „ „ —.45
10 Centner frei Keller „ 7.—
1000 Stück „ 5.—
Aug. Wilsdorfer, Hohe Str. 46, Tele. Feilner Str.

Zum Schluss der Saison

verkaufe frisch geschoffene Hasen äußerst preiswert. F. Fickel, Markthallenstand 84/85. Telephon 4237. [787]

Versteigerung

der aus der Konkursmasse Schützenstrasse 21 kommenden Leinen-, Wollwaren u. Vertrieh. H. Münch, Aufst. [776]

Magdeburger Sauerkraut 3 Pfund 20 Pfg.
Schnittbohnen 2 Pfd.-Dose 25 Pfg.
Fischhalle „Ostsee“ 26 (Neusellerhausen) Wurzenstr. 26.
Mast-Gänse 58 Pfg.
Robert Funke, Lindenau Ecke Gundorfer und Wottinerstrasse. Galstische der Linien Tauchaer Thor—Leipzig, Bayerischer Bahnhof—Leipzig.

Käufe und Verkäufe.

Billards, neue u. gebrauchte Bälle, Cueens, Tische u. Leber A. Immisch, Gumboldtstr. 7.
Gand-u. Geschäftsw. v. b. Neulich, Kirchstr. 67
Gebr. Singer-Nähmaschinen von 15 M. an. Reparatur u. Ersatzteile billig. Kleinwerk. b. Original-Victoria. Lehrkurse in der modernen Kunstschneiderei. H. Schube, Petersstraße 84, im Hof.
Neue Plüsch-Ottomane billig zu verkaufen. Reustadt, Markmannstr. 38, II.
Ottom. 25, Bettst. m. Matr. 16 A, Schränke, Verfüße billig. Burgstr. 9, I.
Kleines Wohnhaus mit Stallung u. Garten billig zu verkaufen. Zu erfragen bei Franz Kragisch, Köpfigerstr. 787
Gangb. Produktengesellschaft in Schlichter zu verk. Off. u. L. 110 an d. Exp. d. Bl.

Fahrradmäntel

von 1.50 M. an verkauft Hermann Wrück Sternwartenstr. 44.

Zu verkaufen Hirtwanne u. Bettstelle mit Matr. Lindenau, Eißelbacherstr. 8, I.
Eine Kinderbettstelle zu verkaufen. Schönefeld, Dimpfelstr. 6, IV. I.
Bettstolle m. Maträtze, wie neu, billig. Dufourstr. 34, Sout., bei Saupé.

Winterbergleier f. 14jähr. Knaben verk. billig. Lindenau, Büpener Str. 22, I. v.
1 gute Welle sehr preisw. zu verk. Neustadt, Eisenbahnstr. 15, Herrschg.-Wsch.
Gutgeh. Elektr. Apparat m. Zählzählern f. 5 M. zu verk. Schenkenborfstr. 29, S. III. I.
30 Stück gute Bilderrahmen sehr bill. zu verk. Seilerhausen, Schützenhausstr. 14, II. I.
Zusammenlegbarer Heubauer billig zu verkaufen. Leipzig, Wettinerstr. 47, II.

30 Hühner

Minorga, helle Drahtia u. Landhühner, auch einz. zu verk. Thonberg, Reichenstr. 45.
Pariser Kanarienvogel u. Weibchen, gut u. zu verk. Schönefeld, Jahnstr. 10, III. I.
Degmalwage m. Gew. u. Waage. 100 kg. bill. zu verk. Plagwitz, Kaufstr. 45, III. v.
Zu d. Nähe d. Schöf. Hofes ist ein Garten zu verk. Schönefeld, Dimpfelstr. 41, III. I.
Gebr. Kinder-Bitterbettstelle zu verk. gef. Off. m. Preis Anger, Gartenstr. 86, III. I.
„Lips Tullian“ zu kaufen gesucht. Off. unter M. H., Postamt 5 Lagernd.
Gr. Kanarienvogel zu kaufen gesucht. Baunsdorf, Wilhelmstr. 182, II. v.
Möbel kauft Joseph, Katharinenstr. 14, II.

Getragene Taschenuhren

gut gehend, mit Garantie, von 4 M. an verkauft Uhrmacher Kogler & Sohn, Dresdenstr. 37. Neue Uhren in großer Wahl billig. Reparaturen unter Garantie schnell. Eine neue Taschenuhrfeder 70 Pfg.

Sofort darauf zu warten.

Herrnschalen u. Abfahlede v. 1.00 an Damensohlen u. Abfahlede v. 1.50 an Kindersohlen u. Abfahlede v. 0.80—1.50 Filderer, Schuhveränd. schnell, gut, billig Gummihefte 1 A. Dampfschnellschleiferei Münzgasse 7.

Speisekartoffeln

ff. weiße Schneeflocken, 2 Centner 2 M. Bayerische Straße 12, Nikolstraße 31, Webergasse 11. [729]

Altes Gold

kauft z. höchst. Preisen Uhrmacher Booker, Markt, Steinweg 88.
Altes Papier sowie Gubern, Eisen, Metalle zc. kauft u. holt auf Wunsch R. Röder, Seberstr. 9, Telephon 7887.